

2023

AIHK Wirtschaftsumfrage



AIHK

Aargauische Industrie-
und Handelskammer

INHALT

3 EDITORIAL

4 ZUSAMMENFASSUNG

5 KONJUNKTURELLE LAGE

6 Schweizer Wirtschaftswachstum leicht positiv

9 Arbeitsmarkt im Allzeithoch

10 Stabile Exportzahlen trotz Inflation und starkem Franken

10 Schweizer Wirtschaft trotz allen Widrigkeiten

12 STIMMUNG IM AARGAU

12 Divergierende Entwicklungstendenzen

16 Angespannte Lage im Aussenhandel

20 Energiekrise birgt Gefahren, wird aber mehrheitlich
als nicht existenzbedrohend beurteilt

24 Heterogene Auffassungen bei staatlichen Massnahmen
aufgrund der Energiekrise

24 Marginaler Stellenaufbau im laufenden Jahr erwartet

26 Lohnanstieg breit abgestützt

27 STANDORTQUALITÄT AARGAU

27 Standortqualität im Kanton Aargau

28 Qualifiziertes Personal als wichtiger Standortfaktor

29 Steuerwettbewerb wird aufgrund der
OECD-Mindeststeuer wohl an Relevanz verlieren

30 Methodik

31 Impressum



Beat Bechtold
Direktor

Optimismus trotz Herausforderungen

Die Unternehmen sind sich einiges gewohnt. Immer wieder müssen sie sich auf neue Herausforderungen einstellen: Kaum war die Corona-Pandemie überstanden, überschattete der Krieg in der Ukraine die neu erlangte Zuversicht. Die sich bereits vor dem Krieg abzeichnende Energiemangellage verschärfte damit endgültig und unmittelbar die Versorgungssicherheit. Die Verantwortlichen in den Unternehmen bereiteten sich auf das Schlimmste vor: wiederholte und mehrstündige Stromabschaltungen sowie möglicher Gas-mangel. Der überraschende Optimismus in den vorliegenden Umfrageresultaten bestätigt daher die Resilienz unserer Unternehmen bei neuen Herausforderungen.

Die Stimmung der Teilnehmenden ist zwar einiges heterogener als in den Vorjahren, dennoch wird die allgemeine Entwicklung des Geschäftsjahres sowohl im Rück- als auch im Ausblick mehrheitlich als «gut» bewertet. Allerdings zeigen sich Branchen mit hohem Energieverbrauch wegen der gestiegenen Energiepreise pessimistisch. Zum Beispiel meldet die Metallindustrie, deswegen vermehrt mit Liquiditätsproblemen zu kämpfen.

Damit der Wirtschaftsstandort Schweiz auch in Zukunft für energieintensive Industrieunternehmen attraktiv bleibt, muss die inländische Stromerzeugung rasch ausgebaut werden. Dies gilt insbesondere für erneuerbare Energieträger. Die Energieversorgung ist eine typische Rahmenbedingung. Es darf nicht zur Regel werden, dass Unternehmen enorme Beträge investieren müssen, um die mangelnde Versorgungssicherheit zu kompensieren. In der schweizerischen Energiepolitik braucht es daher einen politischen Effort, um die hiesige Standortqualität auch für produzierende Unternehmen zu erhalten.



Dominik Matter
Partner und Volkswirt
bei Fahrländer Partner
Raumentwicklung



Lorin Sidler
Volkswirt bei
Fahrländer Partner
Raumentwicklung

Aargauer Unternehmen trotzen widrigen Umständen

Die nicht enden wollende Serie von Krisen und Schocks trifft die einzelnen Branchen merklich unterschiedlich, grundsätzlich meldet der Kanton Aargau aber eine robuste Wirtschaftslage – die konjunkturelle Stimmung ist nach wie vor gut.

Dies das Fazit aus der im Auftrag der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) von Fahrländer Partner Raumentwicklung durchgeführten Wirtschaftsumfrage 2023. Allen Widrigkeiten zum Trotz wird das Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr sowohl im Rück- wie auch im Ausblick in beinahe allen Branchen positiv beurteilt.

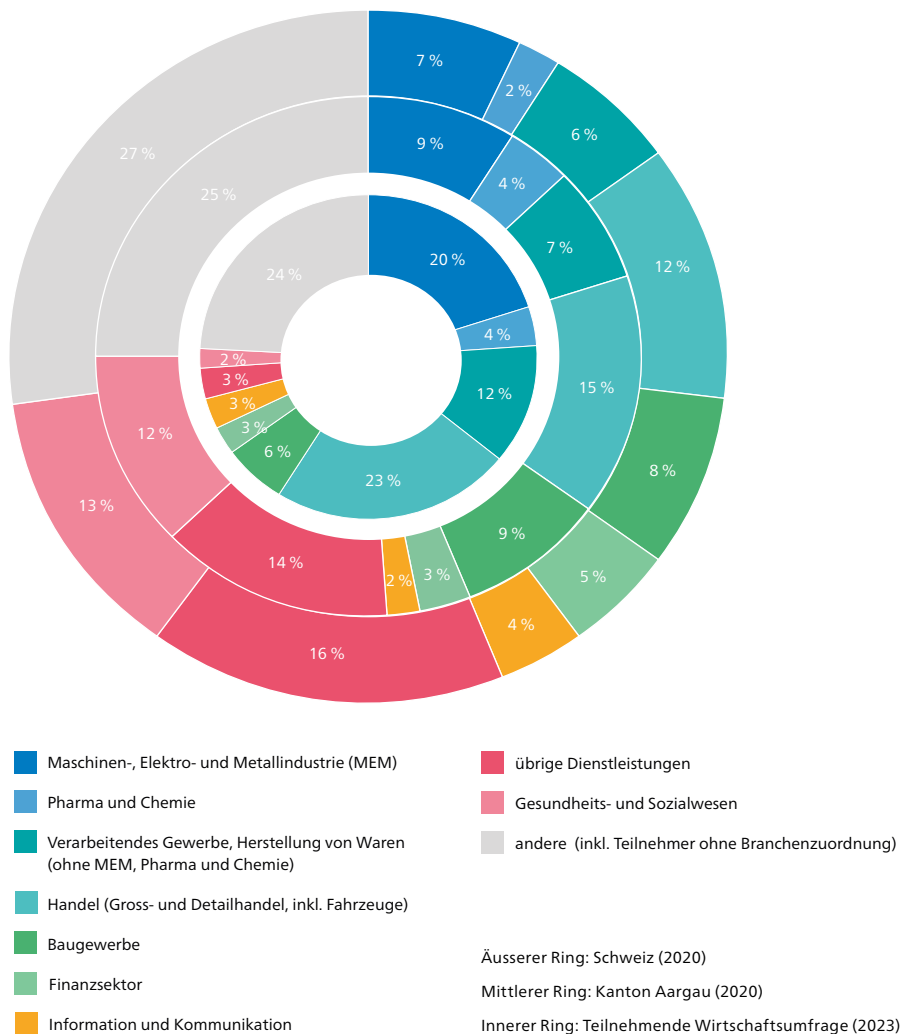
Zu den zentralen Faktoren, welche die Wirtschaftslage im Augenblick eintrüben, zählt allen voran die Inflation, welche in vielen Ländern deutlich über den Zielwerten der Zentralbanken liegt. Dabei ist die exportorientierte Schweizer Wirtschaft stark von der konjunkturellen Erholung im Ausland abhängig. Und auch wenn sich die Teuerung in den letzten Monaten rückläufig entwickelt hat, ist eine Normalisierung noch in weiter Ferne – die globale Wachstumsdynamik hat sich weiter verlangsamt. Zudem erschwert die Verknappung des Arbeitskräfteangebots die wirtschaftliche Erholung, die Lieferkettenproblematik ist nach wie vor ein Thema und die Energiekrise – wenn aktuell auch am Abflachen – wird spätestens im kommenden Herbst wieder an Relevanz gewinnen.

Die Umfrageresultate zeugen jedoch von einem weit verbreiteten Optimismus, auch vor dem Hintergrund der herausfordernden Rahmenbedingungen. Dabei gilt es hervorzuheben, dass die Schweiz im Vergleich zum Ausland eine sehr gute Ausgangslage für einen wirtschaftlichen Aufschwung aufweist.

In Zeiten der angespannten konjunkturellen Lage sprechen Ökonomen gerne von einem «perfekten Sturm», einem wirtschaftlichen Umfeld also, in dem mehrere negative Ereignisse gleichzeitig auftreten und sich gegenseitig sogar noch verstärken. Diese Beschreibung trifft aktuell mehr als zu, denn die vergangenen Jahre waren gezeichnet von Krisen und Schocks: der Frankenschock, die Corona-Pandemie oder die Lieferkettenprobleme – und ein Ende ist nicht in Sicht. Aktuell geben insbesondere die hohen Inflationsraten, ausgelöst und getrieben durch Lieferengpässe und staatliche Unterstützungsmassnahmen während der Corona-Pandemie sowie steigende Energie- und Nahrungsmittelpreise als Folge des Kriegs in der Ukraine Anlass zur Sorge. Infolge des Kriegs und der hohen Teuerungsraten sahen sich verschiedene Zentralbanken dazu gezwungen zu reagieren, an der Zinsschraube zu drehen und die Geldpolitik zu straffen – bisher mit erst bescheidenem Erfolg.

Abb. 1
Vergleich Branchenstruktur Schweiz und Aargau (2020) sowie
Branchenstruktur der teilnehmenden Unternehmen (2023)
 Vollzeitstellen in Prozent

Quelle: AIHK, BfS, Fahrländer Partner



Nach wie vor sind die Prognosen zur internationalen Konjunktur und zum Wirtschaftswachstum in der Schweiz schwierig, da mit hoher Unsicherheit verbunden, zumal sich die Inflation hartnäckig hält und nicht als temporäres Phänomen abgetan werden kann. Im internationalen Vergleich steht die Schweiz zwar gut da, gerade im Hinblick auf die Energiepreiskrise ist die Schweizer Wirtschaft aufgrund der geringeren Gasabhängigkeit stabil(er) und der starke Franken hat sie vor exorbitanten Auswüchsen der Teuerung beschützt. Nichtsdestotrotz haben die Abkühlung der Konjunktur im Ausland und die ausserordentlich hohe Inflation in weiten Teilen Europas auch negative Effekte auf die wirtschaftliche Lage der Schweiz und ihre stark exportorientierte Wirtschaft. Während sich der Aussenhandel aktuell zwar positiv entwickelt – wenn auch primär preisbedingt – so trübt der herrschende Fachkräftemangel das rosige Bild der resilienten Schweizer Wirtschaft etwas ein.

Schweizer Wirtschaftswachstum leicht positiv Insbesondere gestützt durch die Binnen- nachfrage konnte die Schweiz im 3. Quartal 2022 ein positives BIP- Wachstum verzeichnen

Im 3. Quartal 2022 lag das Wachstum der Schweizer Wirtschaft mit 0,2 Prozent im Rahmen der Erwartungen. Insbesondere die Binnennachfrage hat diese Entwicklung gestützt. Während die konjunkturelle Abkühlung im Ausland primär den exponierten Bereich der Industrie bremste, ist der Dienstleistungssektor breit abgestützt gewachsen. Für das 4. Quartal ist mit einem unterdurchschnittlichen BIP-Wachstum zu rechnen. Dabei hängt der Konjunkturverlauf entscheidend von der Entwicklung der Weltwirtschaft ab: Die hohen Teuerungsraten und die damit einhergehende Straffung der Geldpolitik wirkt bremsend auf die Nachfrage; steigende Zinsen werden die Investitionstätigkeit ausserdem dämpfen.

Aufgrund der hohen Energiepreise fällt die Teuerungsrate auch in der Schweiz verhältnismässig hoch aus, nach 2,9 Prozent im vergangenen Jahr liegt die Prognose für 2023 bei 2,2 Prozent – im internationalen Vergleich liegt die inländische Teuerungsrate aber nach wie vor auf einem sehr tiefen Niveau. Um der erhöhten Teuerung entgegenzuwirken, hat die Schweizerische Nationalbank den Leitzins im Dezember 2022 um 50 Basispunkte auf 1,0 Prozent angehoben, der nächste Zinsentscheid steht im Rahmen der vierteljährlichen geldpolitischen Lagebeurteilungen im März 2023 an. Die aktuellsten Zahlen weisen für die USA im Jahresvergleich eine Inflationsrate von 6,5 Prozent aus – der tiefste Wert seit Oktober 2021. Um der Teuerung, welche wohl zu lange untätig hingenommen worden war, Herr zu werden, hat die amerikanische Notenbank Fed den Leitzins im Februar 2023 um weitere 25 Basispunkte auf 4,75 Prozent angehoben. Damit liegt er auf dem höchsten Stand seit November 2007, dem Anfang der Finanzkrise. In Grossbritannien ist die Teuerung mit aktuell 10,5 Prozent exorbitant hoch, im Vergleich zu den Vormonaten immerhin etwas zurückgegangen. Dies gilt unter anderem auch für Deutschland (7,9%) sowie für die Euro-Zone als Ganzes (8,5%). Um den weiterhin hohen Teuerungsraten entgegenzuwirken, hat die EZB den Leitzins im Februar 2023 um 50 Basispunkte auf 3,0 Prozent angehoben, die Bank of England hat nachgezogen und steht aktuell bei einem Leitzins von 4,0 Prozent.

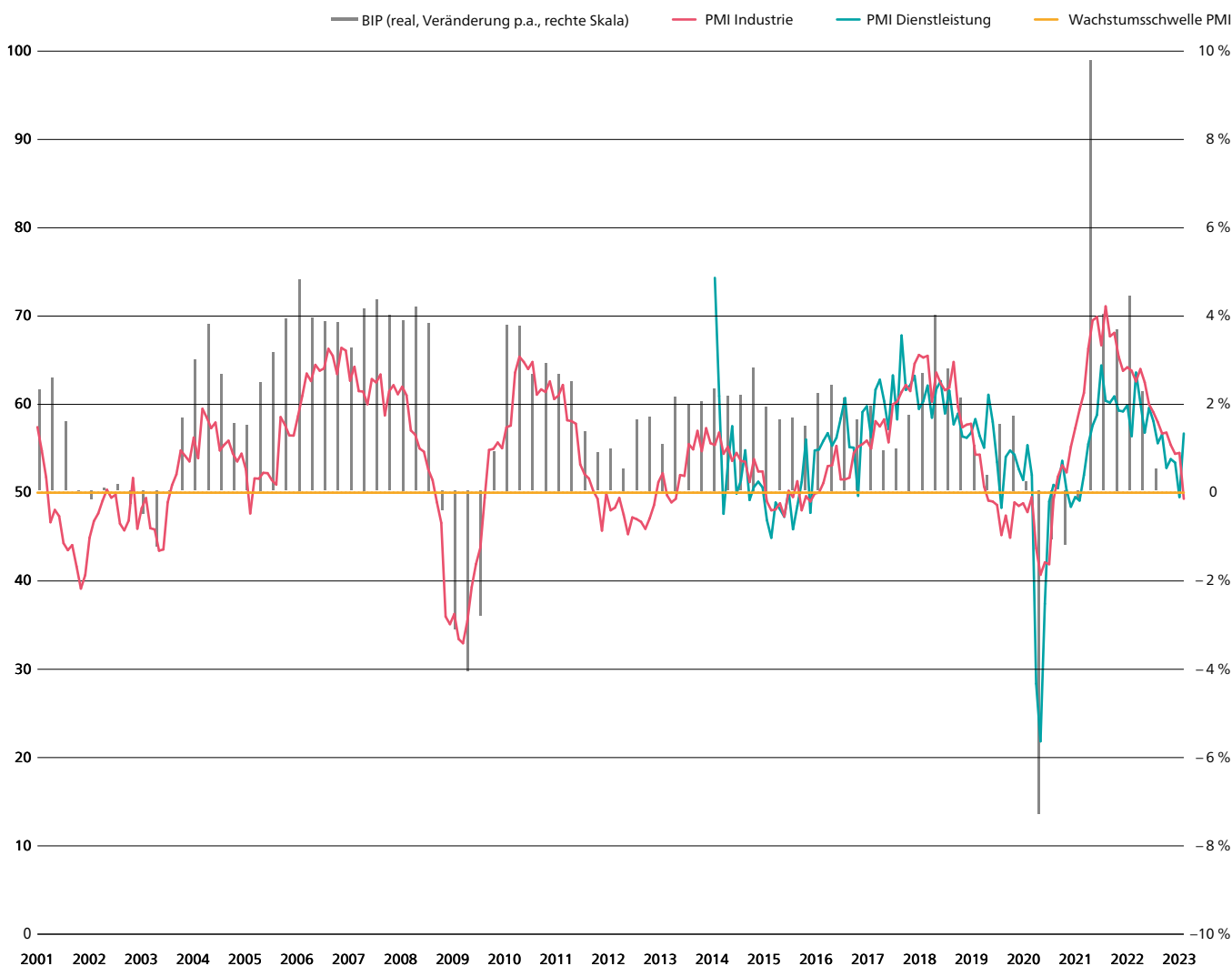
Und auch wenn der Marktpreis für Gas und Strom deutlich weniger hoch ist als noch vor kurzem, ist die Energiekrise noch lange nicht vom Tisch. Nichts-

destotrotz hellt sich der Ausblick für die Wirtschaft mit der Entspannung in der Energiekrise – zumindest vorübergehend – etwas auf. Auch wenn die Situation in der Schweiz bis anhin weniger kritisch ist, gänzlich kann sich die Schweizer Wirtschaft diesen globalen Entwicklungen nicht entziehen. Wenn das Wirtschaftswachstum der grössten Handelspartner rückläufig ist, dann leidet auch die Exportwirtschaft in der Schweiz.

Vor diesem Hintergrund rechnet das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) in seiner aktuellen Prognose mit einem deutlich unterdurchschnittlichen BIP-Wachstum von 1,0 Prozent für das Gesamtjahr 2023. Für 2024 wird ein Wachstum der Schweizer Wirtschaft von 1,6 Prozent prognostiziert. Die aktuellen Prognosen gehen dabei unter anderem davon aus, dass eine Energiemangellage im aktuellen wie auch im kommenden Winter ausbleibt.

Abb. 2
Wirtschaftsentwicklung und Einkaufsmanagerindizes

Quelle: Procure.ch, SECO, Fahrländer Partner



Im Januar 2023 verbuchte das KOF-Konjunkturbarometer eine Zunahme von 5,7 Punkten auf einen Indexstand von aktuell 97,2 und stieg damit im zweiten Monat in Folge an. Auch wenn das Barometer nach wie vor unterhalb des mittelfristigen Durchschnittswerts zu liegen kommt, weist diese Entwicklung auf eine verstärkte Erholung der Schweizer Wirtschaft hin. Die vergleichsweise starke Aufwärtsbewegung des Barometers wird in erster Linie durch die Indikatoren des Verarbeitenden Gewerbes, des Gastgewerbes sowie der Dienstleistungen getrieben. Im Verarbeitenden Gewerbe senden die Bereiche Holz- und Papierwaren, das sonstige Verarbeitende Gewerbe, der Maschinenbau, der Elektrobereich sowie die Chemie- und Pharmaindustrie ein positives Signal. Auch in diesem Jahr dürfte das globale Wirtschaftswachstum weiter an Schwung verlieren. Nichtsdestotrotz zeigt sich der IWF aktuell optimistischer als noch im Oktober des Vorjahres: Die Wachstumsprognose für das laufende Jahr wurde um 0,2 Prozentpunkte auf 2,9 Prozent nach oben korrigiert. Gründe dafür gibt es mehrere: Einerseits hat sich Europa besser als erwartet an die Energiekrise angepasst. Andererseits zeigte sich das Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte 2022 überraschend widerstandskräftig. Zudem entspannt sich die Lage im Hinblick auf die Inflation langsam und das Ende der chinesischen Null-Corona Politik treibt die Wirtschaftserholung zusätzlich an.

Der Purchasing Managers' Index (PMI) ist ein vom Fachverband für Einkauf und Supply Management procure.ch und der Credit Suisse erhobener Frühindikator. Nachdem der Industrie-PMI im Dezember 2022 bei 54,5 Zählern zu liegen kam und damit zumindest eine Verlangsamung des Abwärtstrends nahelegte, hat der Index im Januar 2023 deutlich nachgegeben und ist mit einem Wert von 49,3 – zum ersten Mal seit Juli 2020 – wieder unter die Wachstumsschwelle von 50 Indexpunkten gefallen. Während fast alle Subkomponenten eine Verschlechterung der aktuellen Geschäftslage im Vergleich zum Vormonat verzeichnen, zeigt sich bei den Komponenten Einkaufspreise, Lieferzeiten und Personalbestand eine leicht positive Entwicklung. Der Dienstleistungs-PMI, welcher mehr auf den Binnenkonsum ausgerichtet ist, hat sich im Januar 2023 im Vergleich zum Vormonat hingegen positiv entwickelt. Mit einem Plus von 7,2 Punkten hat sich der Index, welcher im Vormonat noch knapp unter die Wachstumsschwelle gerutscht war, bei 56,7 Zählern eingependelt.

Damit ist der Abwärtstrend, welcher sich seit Juni 2022 manifestiert hatte, vorerst gestoppt und es zeigen sich erste Zeichen der Entspannung. Dabei sind im Januar alle Subkomponenten angestiegen und notieren oberhalb der Wachstumsschwelle. Auch wenn sich die Lieferkettenprobleme bei den Klein- und Mittelunternehmen etwas weniger akut auswirken, drücken die hohe Inflation und die steigenden Zinsen auf die aktuelle Geschäftslage. Nach wie vor sind KMU in der Tendenz stärker betroffen als Grossunternehmen und hinken dementsprechend bei der Erholung weiter hinterher – dies zeigt sich auch im Vergleich mit dem PMI. Der Raiffeisen KMU PMI widerspiegelt die trüben Aussichten für KMU aus der Industrie. Seit August 2022 liegt der Gesamtindex nur knapp oberhalb der Wachstumsschwelle von 50 Punkten und mit dem Rückgang um 2,5 Indexpunkte auf 48,0 Zähler notiert er im Januar 2023 erstmals seit einem Jahr unterhalb der Wachstumsschwelle. Hauptgrund für diesen Rückgang ist die Verschlechterung der Subkomponente Produktion.

Arbeitsmarkt im Allzeithoch Tiefste Arbeitslosenquote seit über 20 Jahren, der Kampf um qualifiziertes Personal geht in die nächste Runde

Gemäss SECO hat sich im Jahr 2022 die positive Arbeitsmarktentwicklung des Vorjahres fortgesetzt, was zur Verknappung des Arbeitskräfteangebots und damit zu verstärkten Rekrutierungsschwierigkeiten geführt hat. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote von 2,2 Prozent im Jahr 2022 entspricht einem Rückgang um 0,8 Prozentpunkte gegenüber 2021, es handelt sich dabei um die tiefste Arbeitslosenquote seit über 20 Jahren. Im Kanton Aargau lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote 2022 bei 2,5 Prozent und damit 0,9 Prozentpunkte tiefer als noch im Vorjahr. Mit dem kontinuierlichen Rückgang der Arbeitslosenzahl im Jahr 2022 wurde auch die Summe der ausbezahlten Kurzarbeitsentschädigungen stetig reduziert: ab Juli 2022 wurde monatlich weniger ausbezahlt als vor Beginn der Corona-Pandemie.

Die Zahl der Arbeitslosen beläuft sich für 2022 auf 99 577 Personen im Jahresdurchschnitt und liegt damit um 27,6 Prozent tiefer als im Vorjahr. Schweizweit hat sich 2022 im Vergleich zum Vorjahr die Anzahl registrierter Arbeitsloser in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) im Jahresdurchschnitt deutlich reduziert. Auch in den Branchengruppen Baugewerbe, Gesundheits- und Sozialwesen und weiteren ist die Anzahl registrierter Arbeitsloser 2022 im Vergleich zum Vorjahresdurchschnitt markant zurückgegangen. Nichtsdestotrotz kann aufgrund der abkühlenden Konjunktur damit gerechnet werden, dass sich die Nachfrage nach Arbeitskräften im laufenden Jahr wohl abschwächen wird. Nach 2,2 Prozent im Jahresdurchschnitt 2022 liegt die Prognose für die Arbeitslosenquote 2023 bei 2,3 Prozent. Die entgegengesetzte Entwicklung hätte hingegen eine Abflachung der Zuwanderung in die Schweiz, sie könnte die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt zusätzlich verschärfen. Den Bevölkerungsszenarien des Bundesamts für Statistik (BFS) zufolge erweist sich die Migration als unerlässlich für das Bevölkerungswachstum, und damit auch für das Wachstum der Wirtschaft. Immerhin zeigt der Zuwanderungssaldo 2022, dass die Schweiz für Arbeitsmigranten nach wie vor ein attraktives Ziel darstellt, und angesichts des schwachen Produktivitätswachstums ist zu hoffen, dass das auch in Zukunft so bleibt.

Der KOF-Beschäftigungsindikator, welcher die Beschäftigungsdynamik privatwirtschaftlicher Unternehmen einschätzt und vierteljährlich publiziert wird, berichtet im ersten Quartal 2023 von einer leichten Zunahme auf 14,3 Punkte, womit er nach wie vor deutlich über dem langjährigen Mittel zu liegen kommt. Den Resultaten zufolge kann im laufenden und kommenden Quartal auf dem Schweizer Arbeitsmarkt mit einem Beschäftigungswachstum gerechnet werden. Und während sich die Beschäftigungsaussichten im verarbeitenden Gewerbe erholen, verzeichnen die Branchen Grosshandel und Versicherungen gar einen Anstieg. Im Gastgewerbe bleiben die Aussichten stabil und kommen damit wieder deutlich über dem langjährigen Mittel zu liegen, nur die Branchen Banken und übrige Dienstleistungen weisen leicht rückläufige Beschäftigungsaussichten auf.

Gemäss einer Studie der Credit Suisse zur Schweizer KMU-Wirtschaft haben zwei Drittel der befragten Firmen in den vergangenen drei Jahren Mühe bekundet, geeignete Kandidaten für die offenen Stellen zu finden. Das Ausmass des Mangels ist jedoch – abhängig von Branche, Unternehmensgrösse oder Region – unterschiedlich stark. Die grössten Rekrutierungsschwierigkeiten weisen die Baubranche, die traditionelle Industrie sowie das Gesundheits- und Sozialwesen auf. In Bezug auf die Unternehmensgrösse ist die Schwierigkeit der Mitarbeitersuche

bei kleineren Firmen stärker verbreitet. Regional verzeichnen KMU in den Kantonen Graubünden und Wallis die grösste Mühe, geeignete Kandidaten zu finden. In der Region Aargau/Solothurn melden rund 26 Prozent der KMU, dass es sehr schwierig sei, offene Stellen mit geeigneten Kandidaten zu besetzen und 37 Prozent, dass es eher schwierig ist. Damit liegt die Region in etwa im Durchschnitt.

Stabile Exportzahlen trotz Inflation und starkem Franken

Nominal hat der Aussenhandel deutlich zugelegt, real kann jedoch eine Stagnation festgestellt werden

Insgesamt zeigt sich der Schweizer Aussenhandel, vor allem vor dem Hintergrund der exorbitanten Teuerungsraten im Ausland und dem starken Schweizer Franken, überraschend robust. Während der Export gegenüber dem Vorjahr nominal mit 7,2 Prozent deutlich zugelegt hat, und damit auf ein Allzeithoch von 278,6 Milliarden Franken anstieg, wuchs der Import um 16,8 Prozent auf 235,2 Milliarden Franken und erreichte damit ebenfalls einen Höchststand. Preisbereinigt stagnierte der Aussenhandel jedoch: Real ist die Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr nur leicht positiv, der Export hat um 0,1 Prozent zugelegt, der Import um 0,7 Prozent. Im vierten Quartal 2022 war der Aussenhandel nach drei positiven Quartalen sogar leicht rückläufig. Zum Jahresende wird der Handelsbilanzüberschuss auf 43,5 Milliarden Franken beziffert und ist damit um rund 15 Milliarden Franken tiefer als im Vorjahr. Über das ganze Jahr aggregiert schreiben neun der elf Hauptwarengruppen ein Export-Plus, wobei die Gruppe der chemisch-pharmazeutischen Produkte mit einem Umsatzanstieg von 3,7 Milliarden Franken (nominal +2,8%) den grössten Anteil ausmacht. Ein starker Wachstumsimpuls ging, wie bereits im Vorjahr, von den Uhren sowie der Bijouterie und Juwelenware aus, welche um 11,4 respektive 14,8 Prozent zulegten. Auch die Maschinen- und Elektronikindustrie konnte an die positive Entwicklung im Jahr 2021 anknüpfen und schrieb 2022 ein Plus von 1,9 Milliarden Franken (nominal +6,1%). Ähnlich sieht es bei der Ausfuhr von Metallen sowie Präzisionsinstrumenten aus: Die zwei Gruppen haben um 8,5 respektive 4,2 Prozent zugelegt.

Schweizer Wirtschaft trotz allen Widrigkeiten

Die Rahmenbedingungen zeigen sich uneinheitlich, trotzdem bleiben die Aussichten durchaus positiv

«Unsicher» ist nach wie vor ein Ausdruck, der die nationale wie auch internationale Wirtschaftslage sehr treffend beschreibt. National zeigt sich dies besonders deutlich beim Verlauf des Index der Konsumentenstimmung: Dieser lag im Oktober 2022 bei –47 Punkten und damit auf dem tiefsten Stand seit Beginn der Umfrage im Jahr 1972. Zum Vergleich: Im Corona-Jahr 2020 sank der Index auf knapp –40 Punkte. Aktuell liegt die Konsumentenstimmung bei –30 Punkten und ist damit deutlich höher als noch im Oktober 2022. Den langjährigen Mittelwert von –6 Punkten unterschreitet der Index aber weiterhin. Wer unsicher ist und sich Sorgen über die Zukunft macht, ist auch sorgfältiger beim Geldausgeben. Dementsprechend gehen die Experten davon aus, dass der Konsum der Privathaushalte 2023 deutlich weniger dynamisch sein wird als 2022, aber immerhin noch mit einer positiven Wachstumsrate. Stützend wirken zudem die anhaltende Immigration sowie die Ausrüstungsinvestitionen und die Exporte/Importe. Die Schweizer Wirtschaft wird also 2023 – parallel zur Weltwirtschaft – eine Wachstumsverlangsamung erleben, aber voraussichtlich keine Rezession.

Den aktuellen Winter dürfte die Schweiz trotz Energiekrise gut überstehen: sowohl bei Strom als auch bei Gas hat sich die Situation etwas entspannt – was auch die rückläufigen Energiepreise bestätigen. Dennoch müssen jetzt schon Vorkehrungen für den nächsten Winter getroffen werden, zumal Russland dann wohl gar kein Gas mehr liefern wird. Eine Energiepreisentwicklung wie 2022 ist

zwar unwahrscheinlich, aber die Preise sind nach wie vor höher als vor dem Krieg in der Ukraine. Unternehmen und Haushalte werden also auch im aktuellen Jahr einen überdurchschnittlichen Anteil ihrer Mittel für Energie aufwenden müssen, mit tendenziell negativen Auswirkungen auf den Konsum anderer Güter.

Die Teuerungsrate dürfte dank einer Kombination von Basiseffekt, Wachstumsschwäche und Zinserhöhungen im laufenden Jahr auf ein Niveau sinken, welches mit den Zielen der SNB korrespondiert, und ab 2024 ist wieder mit einer Inflation im Bereich von einem Prozent zu rechnen. Auch im Ausland kann davon ausgegangen werden, dass sich die Teuerung zumindest mittelfristig normalisiert, was der exportorientierten Schweizer Wirtschaft wohl zusätzlich Aufschwung verleihen wird.

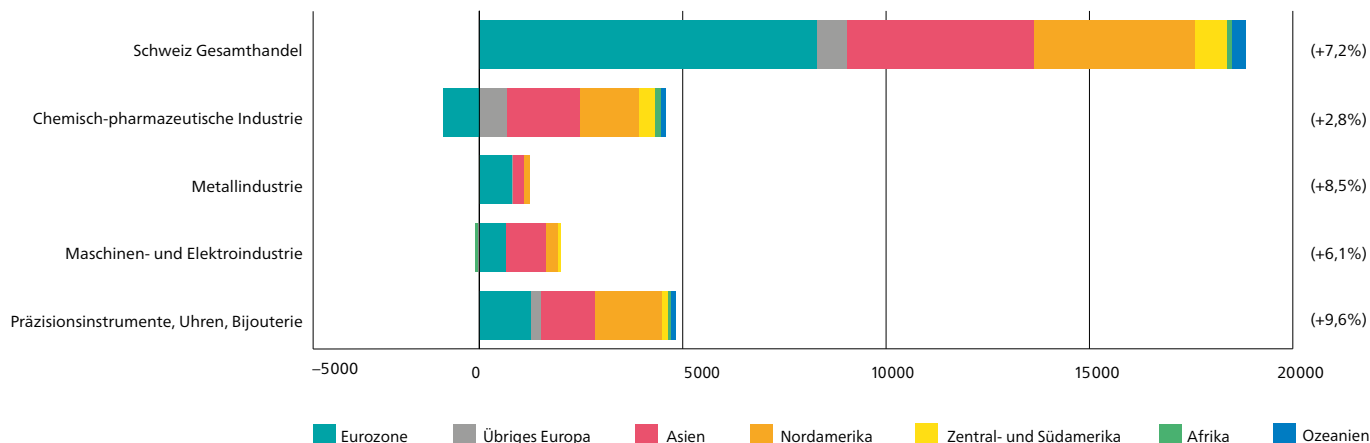
Diese Erholung eintrüben könnte der Fachkräftemangel, welcher unter anderem durch den zunehmenden Trend zur Teilzeitarbeit und die Alterung der Gesellschaft getrieben wird. Zweiteres wird sich in den kommenden Jahren noch erheblich akzentuieren, wenn weitere Jahrgänge der so genannten Babyboomer-Generation das Pensionsalter erreichen. Wenn dies nicht durch Produktivitätssteigerungen oder Zuwanderung zumindest aufgewogen werden kann, ist absehbar, dass die Wirtschaft langfristig kaum noch Wachstumsraten wie in der Vergangenheit erzielen kann. Zusätzlich spielen geopolitische Entwicklungen eine wichtige Rolle bei der Einschätzung des Konjunkturverlaufs. Einerseits könnte sich der Krieg in der Ukraine noch über Jahre hinziehen und sich weiter negativ auswirken, während andererseits das Ende der Null-Corona Politik in China die Lieferschwierigkeiten reduzieren und die Wirtschaftserholung wieder antreiben könnte.

Auch wenn im Jahr 2023 vorübergehend schwierigere Zeiten herrschen, die Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft sind deutlich besser als in vielen anderen Ländern. Damit ist die Schweiz auch besser positioniert, um vom erwarteten konjunkturellen Aufschwung ab 2024 zu profitieren.

Abb. 3
Veränderung der Schweizer Exporte nach Absatzmärkten und Branchen

Anmerkung: 2022er Zahlen entsprechen provisorischen Daten.

Quelle: BAZG, Fahrländer Partner



Die Stimmung bei den Verantwortlichen der Unternehmen, die an der diesjährigen AIHK Wirtschaftsumfrage teilgenommen haben, ist grundsätzlich gut. Trotz breit gefächerten Widrigkeiten wird die allgemeine Entwicklung des Geschäftsjahres sowohl im Rück- als auch im Ausblick als weitgehend positiv beurteilt. Branchenübergreifend wird das vergangene Geschäftsjahr mit «gut» bewertet, wobei der Dienstleistungssektor noch deutlich zufriedener auf das Geschäftsjahr 2022 zurückblickt als der Industriesektor. Die Einschätzungen zum aktuellen Jahr sind leicht weniger optimistisch, gleichwohl wird im Schnitt nach wie vor mit einer guten Entwicklung des laufenden Geschäftsjahres gerechnet. Des Weiteren berichtet die Mehrheit der Unternehmen von einem leicht gestiegenen Gesamtumsatz für das abgelaufene Jahr und auch im laufenden Jahr wird beinahe branchenübergreifend ein zumindest stabiler Umsatz erwartet, wenn auch der ungewichtete Umfragewert etwas tiefer ausfällt. Dabei melden grössere Unternehmen, gemessen an der Anzahl der Mitarbeiter, leicht bessere Erwartungen an das Geschäftsjahr 2023 als kleinere.

Divergierende Entwicklungstendenzen Allgemein wird das Ge- schäftsjahr als grössten- teils positiv beurteilt, bei anderen Indikatoren fallen die Rückmeldun- gen hingegen heteroge- ner aus

Der Detailhandel schätzt, wie dies auch in der Wirtschaftsumfrage des Vorjahres der Fall war, die Entwicklung des vergangenen Geschäftsjahres am positivsten ein. Der Ausblick hingegen ist – wenn auch nach wie vor gut – nur noch im Mittelfeld angesiedelt. Im Vorjahr war das gute Abschneiden des Detailhandels zumindest teilweise mit der überaus positiven Einschätzung zur Umsatz- und Ertragssituation erklärbar, was auf die Rückmeldungen der aktuellen Umfrage nicht mehr zutrifft. Die Aussichten im Detailhandel haben sich nach einer florierenden Entwicklung – primär dank der Nachholeffekte nach der Corona-Pandemie – etwas eingetrübt. Vor allem die hohe Teuerung drückt die Nachfrage respektive den Konsum und damit die Umsatzlage der Branche. Allen voran büssen die Sparten Food und Near-Food, welche von den Sondereffekten nach der Pandemie besonders profitieren konnten, an Umsatzwachstum ein. Gemäss Zahlen des BfS weisen die Detailhandelsumsätze für das Jahr 2022 nominal ein Plus von 1,8 Prozent (real +0,2%) aus, im Dezember 2022 waren sie im Vergleich zum Vorjahresmonat nominal um 0,2 Prozent zurückgegangen. Als Chance in der Verkaufsbranche wird gemäss dem Retail Outlook 2023 der Credit Suisse unter anderem der Onlinehandel gesehen, welcher auch im laufenden Geschäftsjahr weiterwachsen dürfte – wenn auch weniger stark als noch während der Pandemiejahre.

Aufgrund des Kriegs in der Ukraine stand die Energieversorgung auf einmal im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion, wie es wohl selten vorher der Fall gewesen war. Überaus positiv beurteilen die Unternehmen der Branche Energieversorgung das turbulente Geschäftsjahr 2022. Während einige Unternehmen in dieser Branche unerwartete Gewinne verzeichneten, waren andere aufgrund von Liquiditätsproblemen auf staatliche Unterstützung angewiesen. Gemäss den Umfrageresultaten bewertet die Energieversorgungsbranche den Gesamtumsatz wie auch die Ertragslage im abgelaufenen Jahr im Vergleich zum Vorjahr branchenübergreifend am besten, was dafür spricht, dass die Firmen aus dem Energiebereich, welche an der Umfrage teilgenommen haben, glücklicherweise nicht mit Liquiditätsproblemen zu kämpfen hatten. Dank dem durch die Energiekrise verstärkten Interesse nach Unabhängigkeit im Energiebereich schoss die Nachfrage nach erneuerbaren Energien – sprich Photovoltaik-Anlagen und Wärmepumpen – durch die Decke, wie eine Studie von EnergieSchweiz bestätigt.

Die damit verbundenen Aufträge sind in den Rückmeldungen zur diesjährigen Wirtschaftsumfrage deutlich zu erkennen, für 2023 rechnen Energieversorger mit einem markant steigenden Auftragseingang.

Auch die Branche Herstellung von sonstigen Gütern – wozu unter anderem die Medizintechnik zählt – gehört mit zu den zufriedensten mit der Entwicklung des abgelaufenen Geschäftsjahres. Ausserdem weist die Branche den mit Abstand optimistischsten Ausblick auf das aktuelle Geschäftsjahr aus. Die Unternehmen aus dieser Branche erwarten für 2023 eine deutliche Zunahme des Gesamtumsatzes im Vergleich zum Vorjahr. Eine vergleichsweise gute Situation weist die Branche auch beim Auftragsbestand auf. Dieser hat im abgelaufenen Jahr zugenommen und für das aktuelle Geschäftsjahr wird weiter mit vollen Auftragsbüchern gerechnet, wobei die Auftragseingänge aus dem Ausland gemäss Rückmeldungen voraussichtlich stärker zunehmen werden als diejenigen aus dem Inland.

Innerhalb der MEM-Industrie fällt der Rückblick auf das vergangene Geschäftsjahr sehr heterogen aus: Während Unternehmen der Branche Maschinenbau von einer überaus positiven allgemeinen Entwicklung des Geschäftsjahres 2022 berichten, liegt die Elektro- und Metallindustrie am unteren Ende der Verteilung. Während der Gesamtumsatz 2022 im Vergleich zum Vorjahr in der Elektroindustrie sowie dem Maschinenbau gestiegen ist, fällt die Rückmeldung aus der Metallindustrie weniger gut aus. Beim Ausblick auf das Geschäftsjahr 2023 zeigt sich ein

Abb. 4
Allgemeine Entwicklung des Geschäftsjahres

Quelle: AIHK



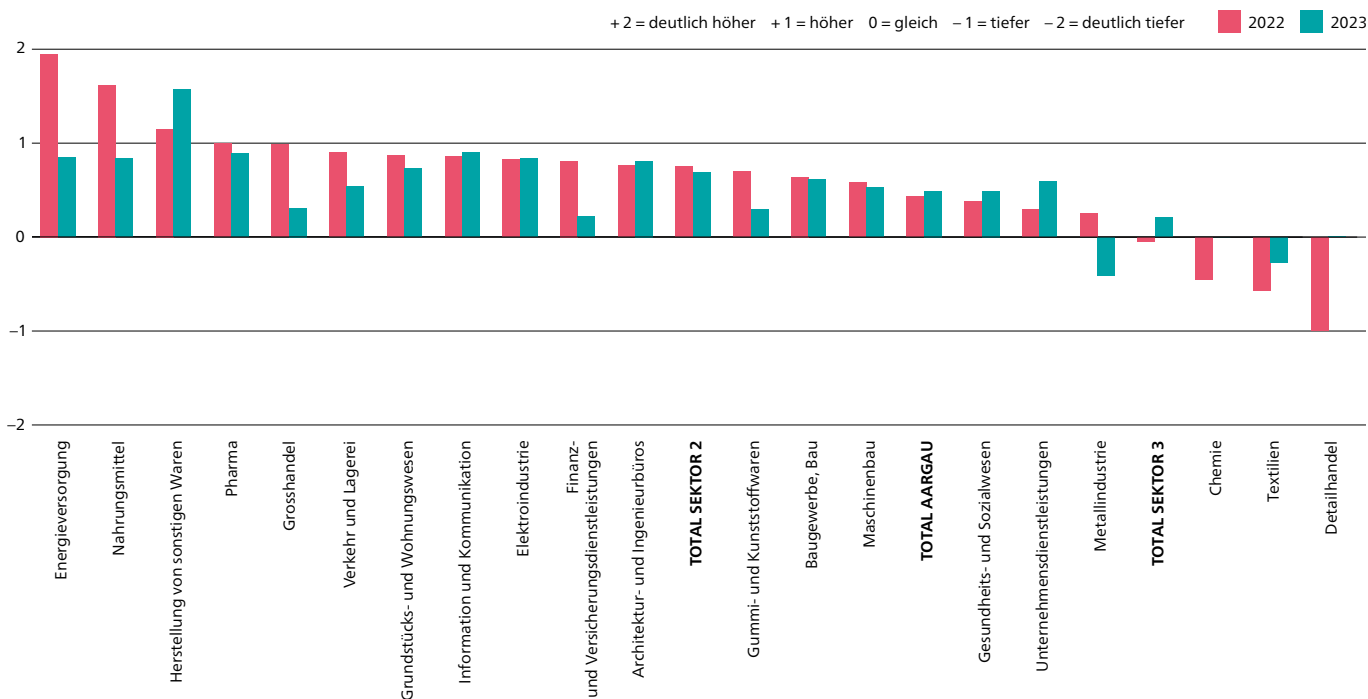
Anmerkung: Bei den restlichen Branchen gab es keine oder zu wenige Angaben zur allgemeinen Entwicklung des Geschäftsjahres

ähnliches Bild: Auf der einen Seite sind die Elektroindustrie und der Maschinenbau für das aktuelle Jahr optimistisch gestimmt, die Metallindustrie rechnet hingegen mit einem rückläufigen Gesamtumsatz. Insgesamt setzt der MEM-Branche die schwächere globale Nachfrage zu. Zusätzlich wirken die hohen Energiepreise primär für die Metallindustrie erschwerend; sie hat vermehrt mit Liquiditätsproblemen zu kämpfen, wie aus den Umfrageresultaten hervorgeht. Gemäss einer Umfrage des Dachverbands Swissmem haben sich vor allem durch den Nachfragerückgang im Ausland die Aussichten etwas eingetrübt. Nach einer deutlichen Erholung im ersten Halbjahr 2022 – mit einem Exportplus von 9 Prozent – hat sich der Trend gegen Ende des Jahres gewendet, wobei insbesondere Exporte nach Deutschland, die fast einen Viertel der Exporte des Sektors ausmachen, rückläufig sind. Zusätzlich machen die Inflation, der starke Franken und die Situation auf dem Energiemarkt den Branchen zu schaffen.

Wenig überraschend – und analog zu den Resultaten der Umfrage vom Vorjahr – bewertet das Gesundheits- und Sozialwesen als einzige Branchengruppe sowohl das vergangene als auch das aktuelle Jahr überwiegend negativ. Bei den Kliniken etwa dürften Überlastung und akuter Personalmangel stark dazu beitragen, dass sowohl Rück- wie auch Ausblick negativ ausfallen. Der Trend zu ambulanten Behandlungen (immer mehr Eingriffe werden aufgrund der medizinischen Fortschritte und Bedürfnisse der Patienten ambulant durchgeführt) führt zusätzlich zu finanziellem Druck. Ungewichtet sieht die Situation jedoch etwas anders

Abb. 5
Gesamtumsatz im Vergleich zum Vorjahr

Quelle: AIHK



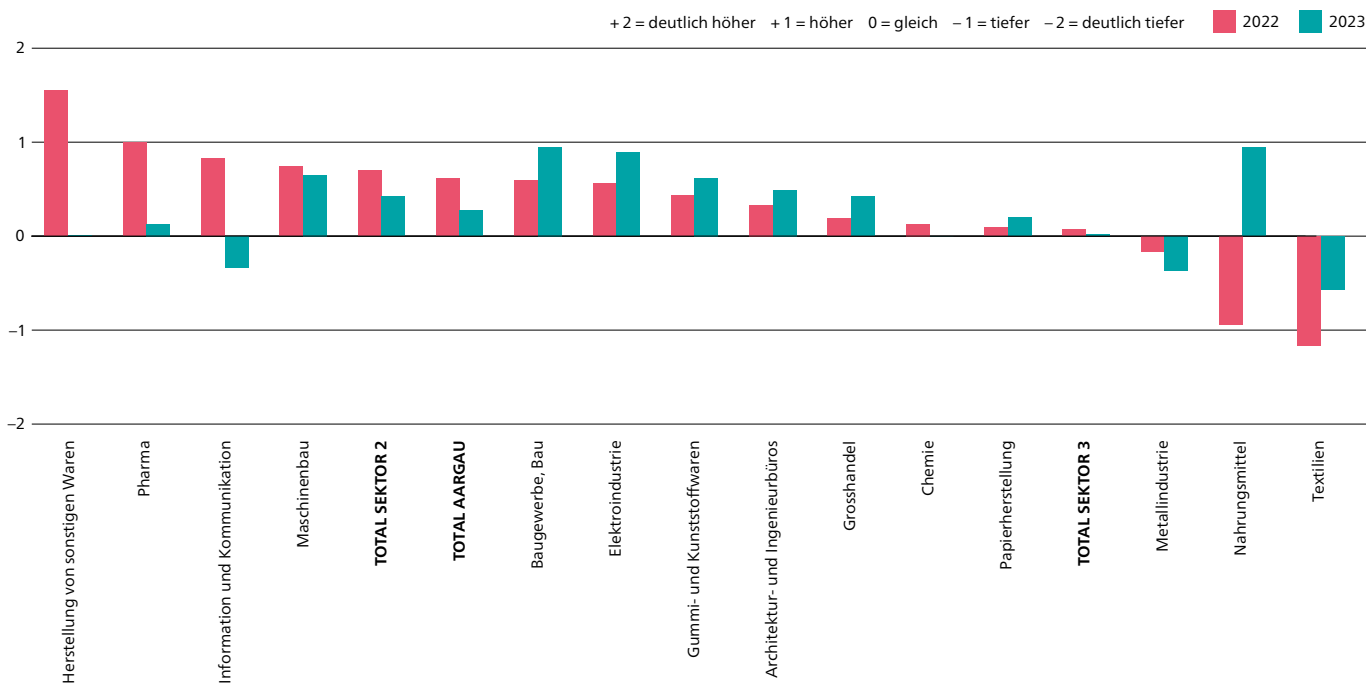
Anmerkung: Bei den restlichen Branchen gab es keine oder zu wenige Angaben zum Gesamtumsatz im Vergleich zum Vorjahr

aus und das Resultat der Branche liegt zwischen befriedigend und gut und damit klar im positiven Bereich. Dies bedeutet, dass sowohl Rück- wie auch Ausblick auf die Geschäftsjahre bei kleinen Unternehmen deutlich positiver ausfallen als bei grösseren. In die gleiche Richtung weist unter anderem die Tatsache, dass die gewichteten Umfrageresultate zur Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal deutlich negativer ausfallen als die ungewichteten – der Fachkräftemangel trifft grosse Unternehmen demnach härter als kleinere.

Stützt man sich auf die Umfragewerte aus den klassischen Bürobranchen Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Unternehmensdienstleistungen sowie Architektur- und Ingenieurbüros, so ist von einer Krise auf den ersten Blick nur wenig zu spüren: die Entwicklung des Geschäftsjahres 2022 wird mehrheitlich als gut beurteilt und gemäss Ausblick auf das laufende Jahr kann mit einer stabilen Entwicklung gerechnet werden. Unter anderem ist die tiefe Exposition gegenüber den exorbitanten Energiepreisen dafür verantwortlich, denn die Branchen zählen zu denjenigen, welche grundsätzlich einen tiefen Energieverbrauch aufweisen und die Preisentwicklung dort entsprechend nur geringen Einfluss auf die Jahresergebnisse hat. Zusätzlich sind die Bürobranchen weniger von den gemäss Umfrageresultaten deutlich gestiegenen Einkaufspreisen abhängig. Die Lieferkettenproblematik sowie der Rohstoffmangel tangieren auch vermehrt Unternehmen aus dem zweiten Sektor. Wenig überraschend zeigen sich die Bürobranchen im Ausblick für das laufende Jahr also vermehrt zuversichtlich.

Abb. 6
Exporte (in CHF) im Vergleich zum Vorjahr

Quelle: AIHK



Anmerkung: Bei den restlichen Branchen gab es keine oder zu wenige Angaben zu den Exporten (in CHF) im Vergleich zum Vorjahr

Angespannte Lage im Aussenhandel

Der starke Franken und die schwache ausländische Wirtschaftslage drücken die Exporttätigkeit, der stabile Auftragseingang aus dem Ausland hält dagegen an

Der starke Schweizer Franken verringert den Umsatz aus Exporten, da Unternehmen den Preis ihrer Produkte im Ausland – allenfalls abgesehen von der Pharmaindustrie oder dem Uhrensektor, welche eine gewisse Preissetzungsmacht besitzen und daher nicht so stark auf Konjunkturschwankungen im Ausland reagieren – nach unten anpassen müssen. Die im Vergleich zum Ausland milde Inflation stützt hingegen die durch den aufgewerteten Franken verteuerten Exporte.

Die Entwicklung der Exporttätigkeit scheint nach wie vor auf gutem Weg zu sein, auch wenn die Rückmeldungen im Vergleich zu den vorjährigen Umfrageresultaten leicht weniger optimistisch ausfallen. Insgesamt berichtet der Grossteil der Branchen, welche einen relevanten Anteil ihrer Produkte ins Ausland exportieren, 2022 von einer gestiegenen Exporttätigkeit im Vergleich zum Vorjahr. Allen voran melden Unternehmen aus der Branche Herstellung von sonstigen Waren eine deutliche Zunahme. Auch die Pharmaindustrie und die Branche Informationen und Kommunikation vermelden eine steigende Exporttätigkeit. Beim Ausblick hingegen rechnet allen voran die Nahrungsmittelindustrie mit einer Zunahme der Exporte, nachdem diese im vergangenen Jahr noch rückläufig waren. Auch das Baugewerbe und die Elektroindustrie erwarten einen Anstieg der Exporttätigkeit im laufenden Jahr.

Abb. 7
Auftragsbestand am Jahresende im Vergleich zum Vorjahr

Quelle: AIHK



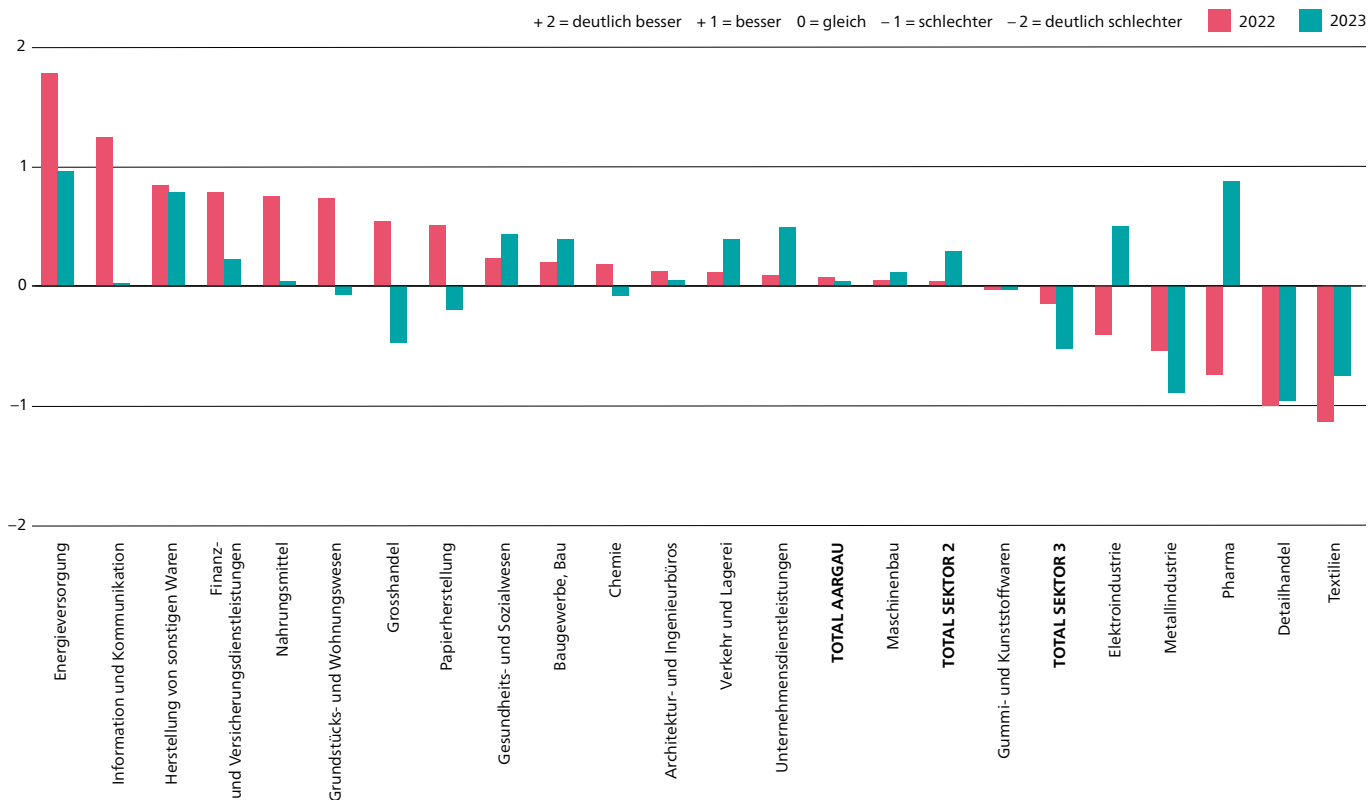
Anmerkung: Bei den restlichen Branchen gab es keine oder zu wenige Angaben zum Auftragsbestand am Jahresende im Vergleich zum Vorjahr

Auch dank dem stabilen bis leicht höheren Auftragseingang aus dem Ausland, welcher abgesehen von der Branchengruppe Textilien breit abgestützt war, haben sich die Exportzahlen rückblickend grösstenteils positiv entwickelt. Da gleichzeitig der Auftragseingang aus dem Inland gemäss den Umfrageresultaten in den meisten Branchen zugenommen hat, hat sich der Auftragsbestand zum Jahresende 2022 generell verbessert. Im laufenden Jahr kann damit gerechnet werden, dass der Auftragsbestand in den meisten Branchen konstant bleiben oder sogar leicht steigen wird. Einzig die Metallindustrie hat rückblickend wie auch im Ausblick von einem rückläufigen Auftragsbestand im Vergleich zum Vorjahr zu berichten. Insgesamt zeugen die Rückmeldungen aus dem Industriesektor von einer leicht positiveren Lage als bei Dienstleistungsbetrieben.

Angesichts der Wachstumsverlangsamung im Ausland und dem damit stockenden Neugeschäft leeren sich die Auftragsbücher langsam, aber sicher – dies zumindest impliziert die Subkomponente «Auftragsbestand» des PMI wie auch des KMU PMI für Industrieunternehmen, welcher seit geraumer Zeit nur eine Richtung kennt: nach unten. Bei Unternehmen aus dem Dienstleistungsbereich hat sich die aktuelle Situation hinsichtlich des Auftragsbestands – gemäss dem Dienstleistungs-PMI – etwas entspannt.

Abb. 8
Ertragslage im Vergleich zum Vorjahr

Quelle: AIHK



Der hohe Preisanstieg im In- wie auch im Ausland stellt branchenübergreifend weiterhin eine grosse Herausforderung dar und dürfte den Druck auf die Ertragslage auch im laufenden Jahr aufrechterhalten. Zukunftsgerichtet rechnen nur wenige Branchen, allen voran die Chemieindustrie und die Papierherstellung, mit einer Entspannung der Einkaufspreise. Die übrigen Branchen erwarten auch für 2023 steigende Einkaufspreise im In- und Ausland, wenn auch in einem weniger starken Ausmass. Den hohen Einkaufspreisen stehen leicht gestiegene Produzentenpreise im In- und Ausland gegenüber. Dementsprechend sind die Rückmeldungen hinsichtlich der aktuellen Ertragslage weniger optimistisch, der Grossteil der Branchen beurteilt die Ertragslage für das laufende Jahr im Vergleich zum Vorjahr als gleichbleibend. Insgesamt schaffen rund zwei Drittel der Unternehmen Abhilfe, indem sie die Preiserhöhungen zumindest teilweise auf die Kunden überwälzen.

Die Lieferkettenproblematik und der Rohstoffmangel sind nach wie vor zentrale Themen, wobei die verschiedenen Branchen unterschiedlich stark davon betroffen sind. Im Allgemeinen hat diese Problematik auf den Industriesektor deutlich heftigere Auswirkungen als auf Dienstleister. Als Reaktion darauf hat ein Grossteil der befragten Unternehmen fast branchenübergreifend die Weitergabe der Preiserhöhung an den Kunden geplant oder schon umgesetzt. Zu den weiteren bevorzugten Massnahmen gehören die Erhöhung der Lagerhaltung und die Suche nach neuen oder zusätzlichen Lieferantenbeziehungen, wobei dies bei Unternehmen aus dem zweiten Sektor – wenig überraschend – deutlich einfacher und damit stärker verbreitet ist als bei Dienstleistungsunternehmen. Die Pharmabranche setzte primär auf Anpassungen in der Logistik als Reaktion auf die erschwerte Beschaffungssituation. Diese Massnahme wird auch in den Branchen Herstellung von sonstigen Waren und Verkehr und Lagerei vermehrt eingesetzt oder geplant. Der Detailhandel hingegen setzt, als eine von wenigen Branchen überhaupt, auf die Verwendung von neuen Materialien, was im zweiten Sektor generell zu den präferierten Massnahmen zählt. Wie schon im Vorjahr ist die Verlegung der Produktion näher an die oder in die Schweiz für die meisten Unternehmen keine valable Option, vereinzelt wird diese Massnahme in den Branchen Maschinenbau und Baugewerbe in Betracht gezogen. Branchenübergreifend war ein Stellenabbau glücklicherweise kein Thema, nur vereinzelt meldeten Unternehmen diese Massnahme als Reaktion auf die Lieferkettenproblematik und den Rohstoffmangel. Auch von Kurzarbeit wurde kaum Gebrauch gemacht, neben der Papierherstellung kam diese Massnahme nur noch in der Metallindustrie vereinzelt zum Tragen. Wenig überraschend haben fast hundert Prozent der teilnehmenden Firmen aus den Branchen Finanz- und Versicherungs- wie auch Unternehmensdienstleistungen keine entsprechenden Massnahmen geplant oder umgesetzt.

Im Angesicht der andauernden Lieferengpässe sehen sich viele Unternehmen, primär aus dem Industriesektor, zu steigender Investitionstätigkeit gezwungen, allen voran die Papierindustrie und die Herstellung von sonstigen Waren. Die Unternehmen dürften ihren Lagerbestand so gut es geht aufstocken, wobei vereinzelte Rückmeldungen von zu hohen Lagerbeständen berichten, weil verfügbares Material auf Risiko eingekauft worden war. Damit einher gehen drohende Liquiditätsprobleme, da mehr Kapital in Material gebunden ist und so weniger flüssige Mittel zur Verfügung stehen. Daneben gehörten Investitionen in die Energieeffizienz oder in die Produktion von eigener Energie zu den

erwünschten respektive nötigen Massnahmen, um auf die Energiemangellage zu reagieren – beides wurde von je rund 60 Prozent der befragten Unternehmen geplant oder bereits implementiert.

Abb. 9

Wie reagiert(e) Ihr Unternehmen auf die Lieferengpässe und den Rohstoffmangel? Geplante oder umgesetzte Massnahmen

Resultate gewichtet, in Prozent, Mehrfachnennungen möglich

Quelle: AIHK

	Weitergabe der Preiserhöhung an den Kunden	Erhöhung der Lagerhaltung	Suche nach neuen/zusätzlichen Lieferantenbeziehungen	Anpassungen in der Logistik	Verlegung der Produktion/Leistungserstellung näher an/in die Schweiz	Verwendung von neuen Materialien	Einführung oder Erhöhung der Kurzarbeit	Stellenabbau	Keine Massnahmen	Andere
Nahrungsmittel	100	95	80	0	0	5	0	0	0	0
Detailhandel	97	0	98	0	0	97	0	0	2	0
Textilien	45	100	62	34	4	0	0	0	0	0
Unternehmensdienstleistungen	1	2	0	0	0	0	0	0	96	1
Papierherstellung	100	60	60	40	0	0	40	0	0	0
Herstellung von sonstigen Waren	97	100	92	85	0	32	26	0	0	0
Chemie	82	98	82	0	0	17	0	0	0	0
Pharma	2	13	89	98	0	2	0	2	0	0
Gummi- und Kunststoffwaren	93	71	83	21	0	43	14	11	0	0
Metallindustrie	88	57	53	6	0	0	34	27	11	1
Elektroindustrie	69	73	84	36	3	17	3	1	0	15
Maschinenbau	81	94	90	39	21	26	2	0	0	0
Architektur- und Ingenieurbüros	78	24	31	0	0	21	0	0	22	0
Energieversorgung	86	85	0	0	0	0	0	0	14	0
Baugewerbe, Bau	62	64	45	41	32	13	0	3	2	0
Grosshandel	80	40	33	16	4	0	0	13	19	0
Verkehr und Lagerei	59	0	31	55	0	31	0	0	13	0
Information und Kommunikation	97	67	92	2	0	0	0	2	3	0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1	0	1	0	0	0	0	0	99	0
Grundstücks- und Wohnungswesen	5	39	46	0	0	39	0	0	49	0
Gesundheits- und Sozialwesen	0	72	84	33	0	33	0	0	0	0
TOTAL SEKTOR 2	73	74	74	45	9	17	10	3	2	3
TOTAL SEKTOR 3	76	20	70	6	1	51	0	3	18	0
TOTAL AARGAU	66	44	70	24	4	26	4	3	11	1

Energiekrise birgt Gefahren, wird aber mehrheitlich als nicht existenzbedrohend beurteilt

Die grosse Mehrheit der Unternehmen kann den hohen Energiepreisen ohne existenzielle Probleme entgegentreten

Die Energiekrise mit den exorbitanten Gas- und Strompreisen ist noch längst nicht vom Tisch. Selbst bei Unternehmen mit einem niedrigen Energiekostenanteil können Kostensteigerungen schnell zu grossen Problemen oder sogar zum Konkurs führen. Rund drei Viertel der Teilnehmer der Wirtschaftsumfrage 2023 schätzen die Energiepreissteigerung jedoch nicht als existenzbedrohend ein, ein Mehraufwand ist für die meisten aber unumgänglich. Während Überschuldung glücklicherweise in den allerwenigsten Fällen ein Problem darstellt, melden einige Teilnehmer eine Gefährdung der Liquidität – am verbreitetsten ist dies in der Branche Gummi- und Kunststoffwaren, gefolgt von der Textilindustrie und der Metallindustrie. Generell ist der zweite Sektor deutlich abhängiger von den Energiepreisen und damit auch anfälliger für diese Problematik als der Dienstleistungssektor. Kein Problem stellt die Energiekrise für einen grossen Teil der Teilnehmer aus der Branche Unternehmensdienstleistungen und der Elektroindustrie dar. Auch viele Architektur- und Ingenieurbüros sowie Teile des Baugewerbes leiden nicht besonders unter den hohen Energiepreisen. In der Papierindustrie scheint die Energiepreissteigerung auch nicht als existenzbedrohend eingeschätzt zu werden; als zusätzliche Auswirkung auf die hohen Preise wurden lediglich geschmälerte Gewinne genannt. Unternehmen aus der Energieversorgung hingegen stehen auf der Lieferantenseite und sind dementsprechend nicht von existenziellen Problemen betroffen – dies trifft zumindest auf die teilnehmenden Unternehmen aus der Branche zu. Jedoch kann die aktuelle Situation auch für Stromanbieter eine Herausforderung darstellen, da die Liquiditätsanforderungen rasant gestiegen sind. Ein prominentes Beispiel dafür ist der Stromkonzern Axpo, welcher im September 2022 beim Bund Staatshilfe in Milliardenhöhe beantragt hatte, um die Liquiditätsprobleme abzufedern. Auch wenn die Axpo den Rettungsschirm bisher nicht in Anspruch nehmen musste, ist ein gutes Ergebnis aufgrund der aktuellen Volatilität im Energiemarkt nicht garantiert.

Um der Energiekrise Herr zu werden, greifen verschiedene Branchen zu unterschiedlichen Mitteln: Bei den an der Umfrage teilnehmenden Firmen aus dem Kanton Aargau stehen betriebliche Anpassungen bei der Energieeffizienz an erster Stelle. 81 Prozent der Teilnehmenden im Dienstleistungssektor haben von dieser Massnahme Gebrauch gemacht oder planen ihren Einsatz. Das ist bedeutend öfter als im Industriesektor (53%). Auf den Rängen zwei und drei liegen Investitionen in die Produktion eigener Energie – beispielsweise mit PV-Anlagen respektive Investitionen in Energieeffizienz – hier war der zweite Sektor hingegen aktiver bei der Umsetzung. Das Anlegen von Energiereserven über Beschaffungsverträge oder eigene physische Reserven war vor allem in der Pharmabranche sowie in der Branche Energieversorgung geplant oder bereits eingeführt. Dabei ist zu beachten, dass sich Energieversorger aktuell in einer Ausnahmesituation befinden, angemerkt wurde unter anderem, dass sich die Unternehmen vor allem auf Lieferantenseite auf die Mangellage vorbereiten, in enger Abstimmung mit Behörden und Grossverbrauchern. Diese schwierige wirtschaftliche Situation hat primär Firmen aus den Branchen Gesundheits- und Sozialwesen sowie in der Nahrungsmittelherstellung dazu veranlasst, die Beschaffung und/oder Erweiterung von Notstromaggregaten voranzutreiben. Eine Massnahme, welche im Dienstleistungssektor häufiger angewandt respektive geplant wurde als im Industriesektor, ist die Umstellung von Zweistoffanlagen von Gas auf Öl, wobei fast alle Detailhändler, Unternehmen der Papierherstellung sowie Energieversorger davon Gebrauch gemacht haben. Gar keine Massnahmen eingeführt oder geplant haben auch vorwiegend Unternehmen aus dem dritten

Sektor, namentlich Finanz- und Versicherungsdienstleister, Architektur- und Ingenieurbüros und Unternehmensdienstleister. Einige Unternehmen haben zusätzlich angemerkt, dass sie von Gas auf Fernwärme gewechselt und in Geräte und/oder Leuchtmittel investiert haben, welche einen geringeren Verbrauch aufweisen. Zudem wird vermehrt darauf geachtet, dass der Stromverbrauch reduziert wird, unter anderem durch tiefere Raumtemperatur oder das Ausschalten von nicht benötigten Lichtquellen.

Abb. 10
Stellt die Energiepreissteigerung (Strom, Gas) 2023 für Ihren Betrieb potenziell ein existenzielles Problem dar?

Resultate gewichtet, in Prozent

Quelle: AIHK

	Ja, wir befürchten eine Überschuldung	Ja, unsere Liquidität ist gefährdet	Nein, wir können den Mehraufwand (mit eigenen Mitteln, Fremdkapital, Ertragssteigerungen, oder Kostensenkungen) decken	Nein, für uns ist dies kein Problem / wir haben keine Steigerungen des Energiepreises	Andere
Nahrungsmittel	0	0	100	0	0
Detailhandel	0	0,2	98,6	1,2	0
Textilien	0	58,1	41,9	0	0
Unternehmensdienstleistungen	0	0	54,9	45,1	0
Papierherstellung	0	0	49,4	0	50,6
Herstellung von sonstigen Waren	0	6,2	92,0	0	1,8
Chemie	0	0	98,6	0	1,4
Pharma	0	2,3	97,7	0	0
Gummi- und Kunststoffwaren	0	59,4	40,6	0	0
Metallindustrie	0	31,3	67,6	1,1	0
Elektroindustrie	0	0,6	57,0	42,5	0
Maschinenbau	0,4	0,8	87,7	4,4	6,7
Architektur- und Ingenieurbüros	0	0	69,7	30,3	0
Energieversorgung	0	0,5	3,1	14,1	82,3
Baugewerbe, Bau	0	3,2	54,2	34,3	8,3
Grosshandel	0	0,3	81,9	4,3	13,5
Verkehr und Lagerei	0	0	100	0	0
Information und Kommunikation	0	0,1	95,5	4,4	0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	0	0	88,2	11,8	0
Grundstücks- und Wohnungswesen	0	3,2	64,0	8,8	24,0
Gesundheits- und Sozialwesen	0	0	99,8	0,2	0
TOTAL SEKTOR 2	0,1	6,9	73,6	13,8	5,6
TOTAL SEKTOR 3	0	2,1	91,5	3,5	2,8
TOTAL AARGAU	1,3	4,1	74,8	16,4	3,5

Hinsichtlich der für das aktuelle Jahr vertraglich abgesicherten Lieferung von Strom ist die Elektroindustrie mit hundert Prozent am besten versorgt, gefolgt von den Branchen Maschinenbau (99%) und Herstellung sonstiger Waren (97%). Auch die Metallindustrie und die Branche Gummi und Kunststoffwaren konnten einen Anteil von über 90 Prozent des ihres Strombedarfs für 2023 bereits vertraglich sichern. Auf der anderen Seite der Verteilung liegen – wenig überraschend – die Branchen Nahrungsmittel, Textilien und Unternehmensdienstleistungen am unteren Ende der Skala.

Abb. 11
Wie bereitet sich Ihr Unternehmen auf die Energiemangellage vor oder welche Massnahmen haben Sie bereits getroffen?

Resultate gewichtet, in Prozent, Mehrfachnennungen möglich

Quelle: AIHK

	Investitionen in Energieeffizienz	Notstromaggregate (Beschaffung, Erweiterung)	Investition in eigene Energieproduktion (bspw. PV-Anlagen)	Betriebliche Anpassungen in Energieeffizienz	Umstellung von Zweistoffanlagen von Gas auf Öl	Anlegen von Energiereserven (Beschaffungsverträge, eigene physische Reserven)	Keine Massnahmen getroffen oder geplant	Andere
Nahrungsmittel	100	75	20	96	75	5	0	0
Detailhandel	98	0	97	98	97	0	2	0
Textilien	96	0	55	17	34	0	4	0
Unternehmensdienstleistungen	22	1	0	37	0	0	46	17
Papierherstellung	100	0	60	40	90	0	0	0
Herstellung von sonstigen Waren	90	0	92	37	65	0	1	0
Chemie	83	1	83	36	1	0	2	0
Pharma	100	2	13	100	2	89	0	0
Gummi- und Kunststoffwaren	68	0	54	96	0	0	0	0
Metallindustrie	71	7	49	64	26	0	9	0
Elektroindustrie	67	18	64	46	12	15	3	4
Maschinenbau	87	12	80	63	16	27	1	4
Architektur- und Ingenieurbüros	0	9	0	28	0	0	52	11
Energieversorgung	82	82	82	85	82	82	15	82
Baugewerbe, Bau	19	9	59	22	44	3	27	0
Grosshandel	19	0	7	65	0	4	29	7
Verkehr und Lagerei	0	32	59	40	0	28	28	0
Information und Kommunikation	0	0	5	95	0	0	5	0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	13	0	13	27	0	0	68	0
Grundstücks- und Wohnungswesen	34	28	58	57	0	28	6	31
Gesundheits- und Sozialwesen	77	80	23	100	0	33	0	0
TOTAL SEKTOR 2	74	12	65	53	29	20	6	3
TOTAL SEKTOR 3	58	6	51	81	47	3	16	2
TOTAL AARGAU	59	18	61	69	30	12	10	2

schend – Finanz- und Versicherungs- sowie Unternehmensdienstleister, welche für das aktuelle Jahr keine Stromlieferungen vertraglich abgesichert haben. Im zweiten Sektor liegt der Anteil der vertraglich abgesicherten Stromlieferungen bei durchschnittlich 91 Prozent, im dritten Sektor bei rund 81 Prozent. Keine der Firmen, welche an der Umfrage teilgenommen hat, bezieht Strom aus der Grundversorgung.

Abb. 12

Welche neuen staatlichen Massnahmen würden Sie unterstützen, um Betriebe, welche aufgrund der hohen Energiepreise in ihrer Existenz bedroht sind, zu unterstützen?

Resultate gewichtet, in Prozent, Mehrfachnennungen möglich

Quelle: AIHK

	Staatliche Darlehen (analog Covid-Kredite)	Es braucht keine staatlichen Massnahmen, ausserhalb der bestehenden Regelungen	Finanzielle Hilfe für Härtefälle (à fonds-perdu-Beiträge)	Eine Rückkehrmöglichkeit unter Bedingungen (Preisaufschlag, Wartefristen, Mindestlaufdauer) im regulierten Markt schaffen	Preisdeckelung	Andere	Keine Antwort möglich
Nahrungsmittel	0	9	16	0	0	0	75
Detailhandel	1	1	0	0	1	0	97
Textilien	0	21	41	17	38	24	0
Unternehmensdienstleistungen	20	34	19	5	18	0	32
Papierherstellung	0	49	51	0	10	51	0
Herstellung von sonstigen Waren	0	88	27	7	10	2	0
Chemie	0	83	0	2	1	0	15
Pharma	87	0	2	13	13	0	0
Gummi- und Kunststoffwaren	14	34	0	11	52	0	0
Metallindustrie	31	22	27	5	32	0	21
Elektroindustrie	6	23	1	20	42	0	36
Maschinenbau	3	50	9	38	36	1	12
Architektur- und Ingenieurbüros	18	52	0	20	9	0	0
Energieversorgung	0	3	0	0	0	0	96
Baugewerbe, Bau	17	65	2	22	47	0	1
Grosshandel	19	11	5	42	6	0	23
Verkehr und Lagerei	0	69	0	0	31	4	0
Information und Kommunikation	65	2	2	90	7	0	1
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2	23	3	0	0	0	75
Grundstücks- und Wohnungswesen	30	9	59	0	27	24	6
Gesundheits- und Sozialwesen	23	33	16	4	0	24	1
TOTAL SEKTOR 2	16	43	11	17	30	2	17
TOTAL SEKTOR 3	12	15	3	17	4	3	55
TOTAL AARGAU	11	33	15	14	15	2	29

Heterogene Auffassungen bei staatlichen Massnahmen aufgrund der Energiekrise

Während rund 40 Prozent des Industriesektors keinen Anlass für staatliche Massnahmen sieht, teilen nur 15 Prozent des Dienstleistungssektors diese Ansicht

Angesichts der teilweise enormen finanziellen Staatshilfen im Ausland – in EU-Ländern werden fast 700 Milliarden Euro zur Abfederung der hohen Energiepreise aufgewendet – leidet die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft. Trotzdem lehnt *economiesuisse*, der Dachverband der Schweizer Wirtschaft, fehlgeleitete Subventionen und Staatseingriffe, wie sie im Ausland weit verbreitet sind, grundsätzlich ab. Damit sind insbesondere Massnahmen wie flächendeckende Energiepreissubventionen oder Eingriffe in den Preismechanismus gemeint. *Economiesuisse* empfiehlt hingegen Massnahmen, welche Unternehmen resilienter gegen einen zeitlich beschränkten Preisschock und Wettbewerbsverzerrungen machen.

Es ist erstaunlich, dass viele Staaten angesichts der hohen Energiekosten zu den selben Mitteln greifen, welche zu den aktuellen Problemen zumindest beigetragen haben, nämlich Stützungsmaßnahmen nach dem Giesskannenprinzip. Denn diese Massnahmen dürften den Bemühungen der Zentralbanken, die Inflation durch Anhebung der Leitzinsen auf ein «normales» Niveau zu senken, entgegenwirken. Gezielte finanzielle Transfers wären dem Giesskannenprinzip aus gesamtwirtschaftlicher Sicht vorzuziehen, zumal damit auch der Staatshaushalt weniger belastet würde.

Diese Ansicht, dass es keine staatlichen Massnahmen ausserhalb der bestehenden Regelungen braucht, teilt rund ein Drittel der Unternehmen, welche an der diesjährigen Wirtschaftsumfrage teilgenommen haben. Damit ist dies die zweithäufigste Antwort nach der Einschätzung, dass dazu keine Aussage möglich ist. Für Unternehmen, welche im Industriesektor tätig sind, wäre eine Energiepreis-Deckelung die bevorzugte Massnahme – knapp ein Drittel der Teilnehmer würde sich dafür aussprechen. Der Dienstleistungssektor hingegen präferiert die Schaffung einer Rückkehrmöglichkeit in den regulierten Markt unter gewissen Bedingungen wie Preisaufschlag, Wartefristen oder Mindestlaufzeit. Die Pharmaindustrie bevorzugt, als eine der wenigen Branchen überhaupt, staatliche Darlehen, während sich die Branche Informationen und Kommunikation Massnahmen analog zu den Covid-Krediten wünschen würde.

Marginaler Stellenaufbau im laufenden Jahr erwartet

Nach dem letztjährigen Stellenabbau im Dienstleistungssektor kann für 2023 branchenübergreifend mit einem geringfügigen Stellenaufbau gerechnet werden

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt vom Vorjahr hat sich auch 2022 fortgesetzt und führt zu historischen Tiefstwerten bei den Arbeitslosenzahlen – die durchschnittliche Arbeitslosenquote ist 2022 mit 2,2 Prozent die tiefste seit über 20 Jahren. Als Folge dieser Entwicklung wurde der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in einigen Branchen immer akuter. Und dank der positiven Auftragslage – in so gut wie allen Branchen wird am Jahresende im Vergleich zum Vorjahr von einem höheren Auftragsbestand berichtet – steigt auch der Personalbedarf weiter an.

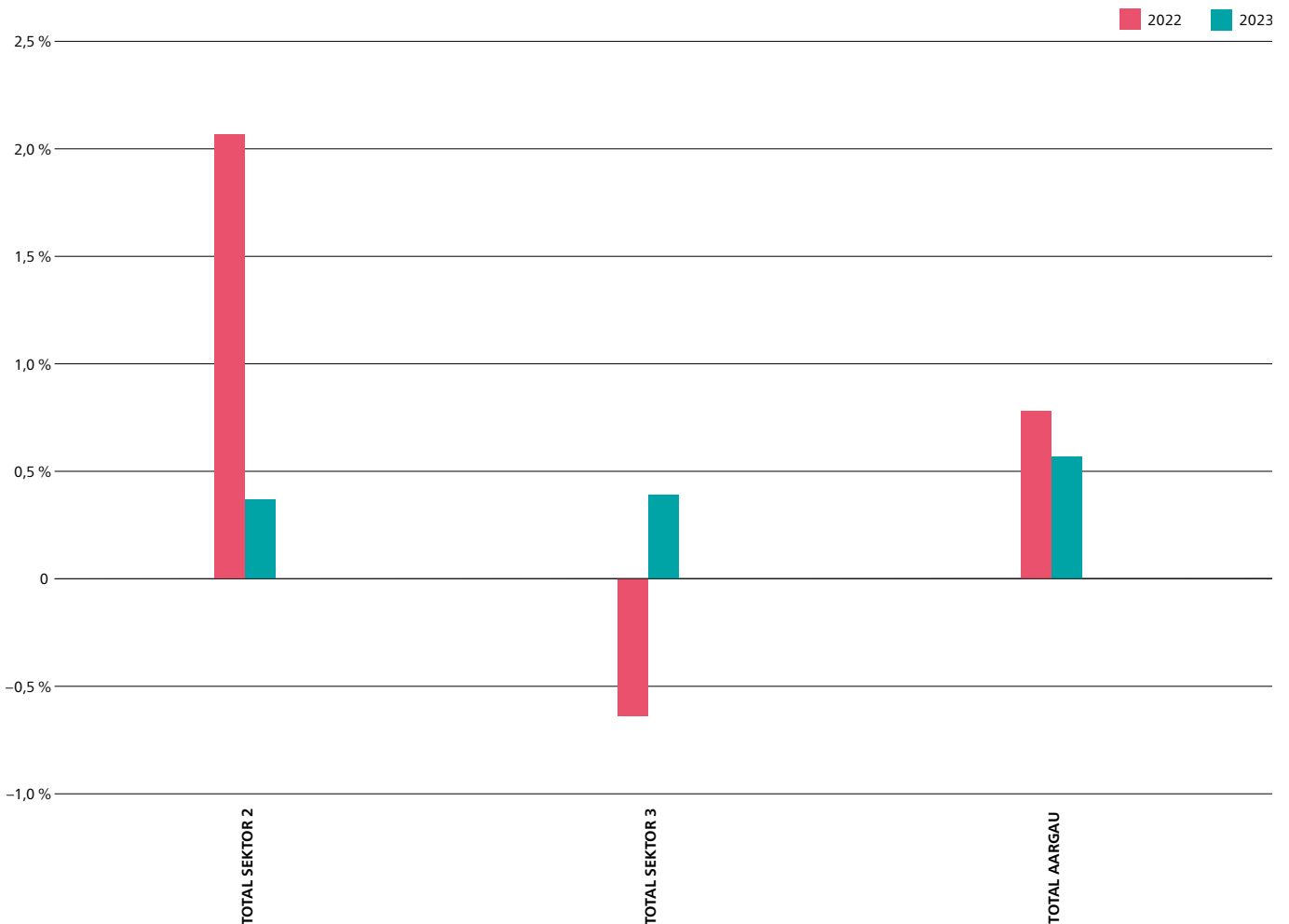
Nachdem in der AIHK Wirtschaftsumfrage vom Vorjahr beide Sektoren von einer Aufstockung des Personals im Jahr 2021 berichtet hatten – wobei diese im zweiten Sektor deutlich höher ausfiel als im dritten – überflügelt der Industriedienstleistungssektor im Rückblick auf das Jahr 2022 auch beim Stellenaufbau. Gemäss Rückmeldungen haben die Unternehmen im zweiten Sektor ihr Personal im Schnitt um 2,1 Prozent aufgestockt, während der dritte Sektor ein Minus von 0,6 Prozent ausweist. Branchenübergreifend melden die Unternehmen, welche an der diesjährigen Wirtschaftsumfrage teilgenommen haben, eine

Veränderung der Vollzeitstellen von +0,8 Prozent. Für das Jahr 2023 kann aufgrund der Rückmeldungen mit einer Ausweitung des Personalbestandes um weitere 0,6 Prozent gerechnet werden.

Die grösste positive Veränderung bei der Anzahl der Mitarbeiter vermeldet der Maschinenbau mit einem Plus von 6,6 Prozent im Jahr 2022, gefolgt vom Grundstücks- und Wohnungswesen (+6,3%) und Herstellung von sonstigen Waren (+5,9%). Auf der anderen Seite der Verteilung liegt die Pharmabranche, welche gemäss den Umfrageresultaten ihren Personalbestand um 13,7 Prozent abgebaut hat. Dieser deutliche Stellenabbau im Kanton Aargau geht vermutlich auf den Pharmakonzern Novartis zurück, welcher hierzulande in den nächsten drei Jahren bis zu 1400 Angestellte entlassen will. Ebenfalls einen Rückgang der Vollzeitstellen verzeichnen unter anderem der Detailhandel (-3,4%) sowie Architektur- und Ingenieurbüros (-0,7%).

Abb. 13
Netto-Veränderung der Anzahl Vollzeitstellen im Vergleich zum Vorjahr
 In Prozent

Quelle: AIHK



Lohnanstieg breit abgestützt

Nominal ist der breit abgestützte Lohnanstieg Tatsache, dieser bleibt aber hinter der Teuerung zurück

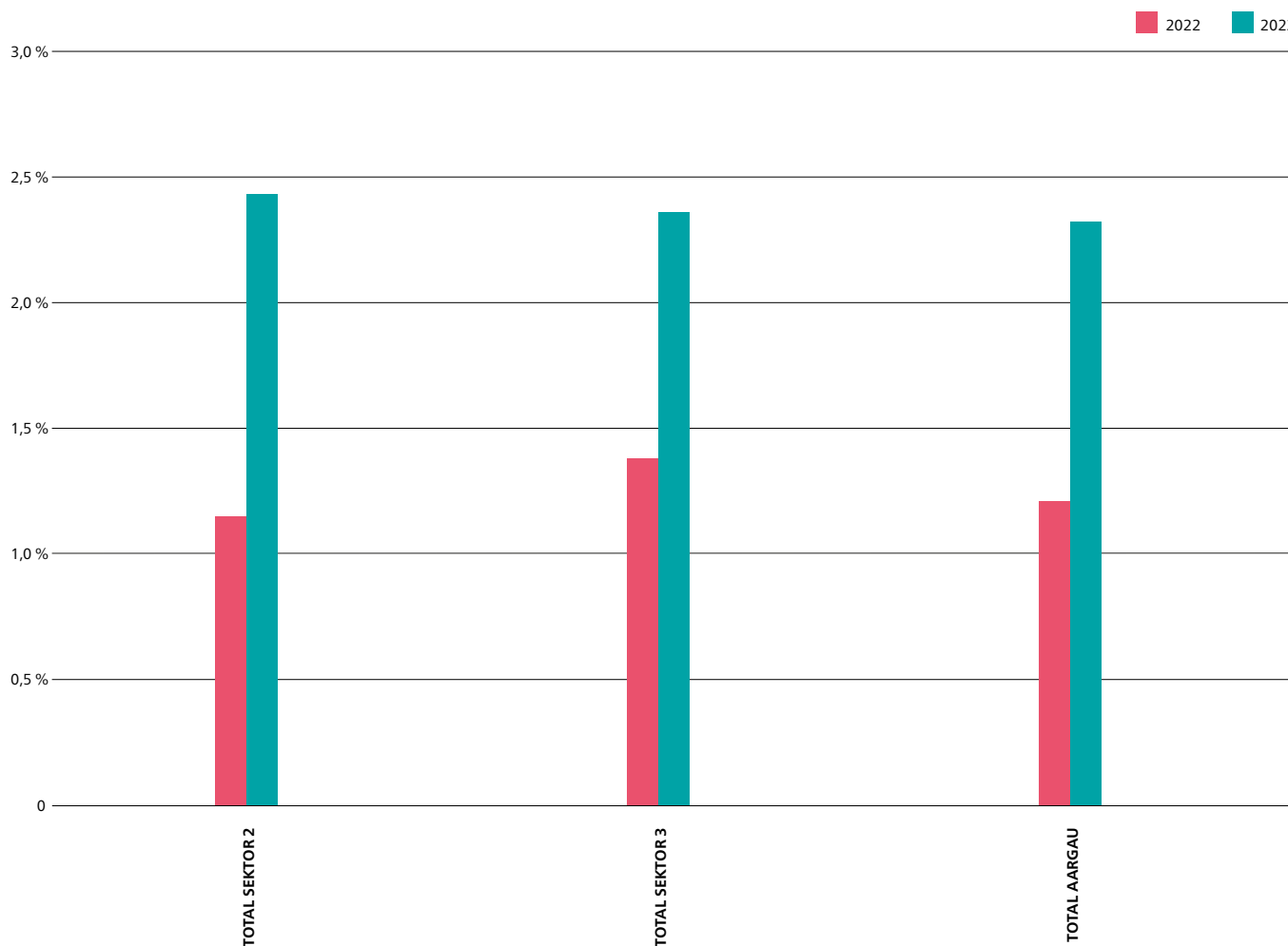
Rückblickend verzeichnet der Kanton Aargau branchenübergreifend einen Lohnanstieg von 1,2 Prozent, damit bleiben die Löhne hinter der Inflation zurück, was mit einem Reallohn- und damit einem Kaufkraftverlust einher geht. Für das Jahr 2023 darf mit einer durchschnittlichen Zunahme der Löhne um 2,3 Prozent gerechnet werden, wobei die Aussichten im zweiten und dritten Sektor auf einem vergleichbaren Niveau liegen. Für jede der befragten Branchen resultiert sowohl für das Jahr 2022 wie auch für das Jahr 2023 ein Nominallohnanstieg. Im Jahr 2022 verzeichnet der Umfrage zufolge die Branche Informationen und Kommunikation mit 4,6 Prozent die höchste Lohnerhöhung, gefolgt von der Textilindustrie (+2,4%). Ein weiteres zentrales Risiko für die Wirtschaft wäre eine Lohn-Preis-Spirale, die einen weiteren Anstieg der Inflation mit sich bringen würde. Mit Lohnerhöhungen von durchschnittlich gut 2 Prozent, was deutlich unter der aktuellen Teuerung liegt, ist die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale aber gering.

Abb. 14

Veränderung Durchschnittslohn im Vergleich zum Vorjahr

In Prozent

Quelle: AIHK



Standortqualitäten im Kanton Aargau

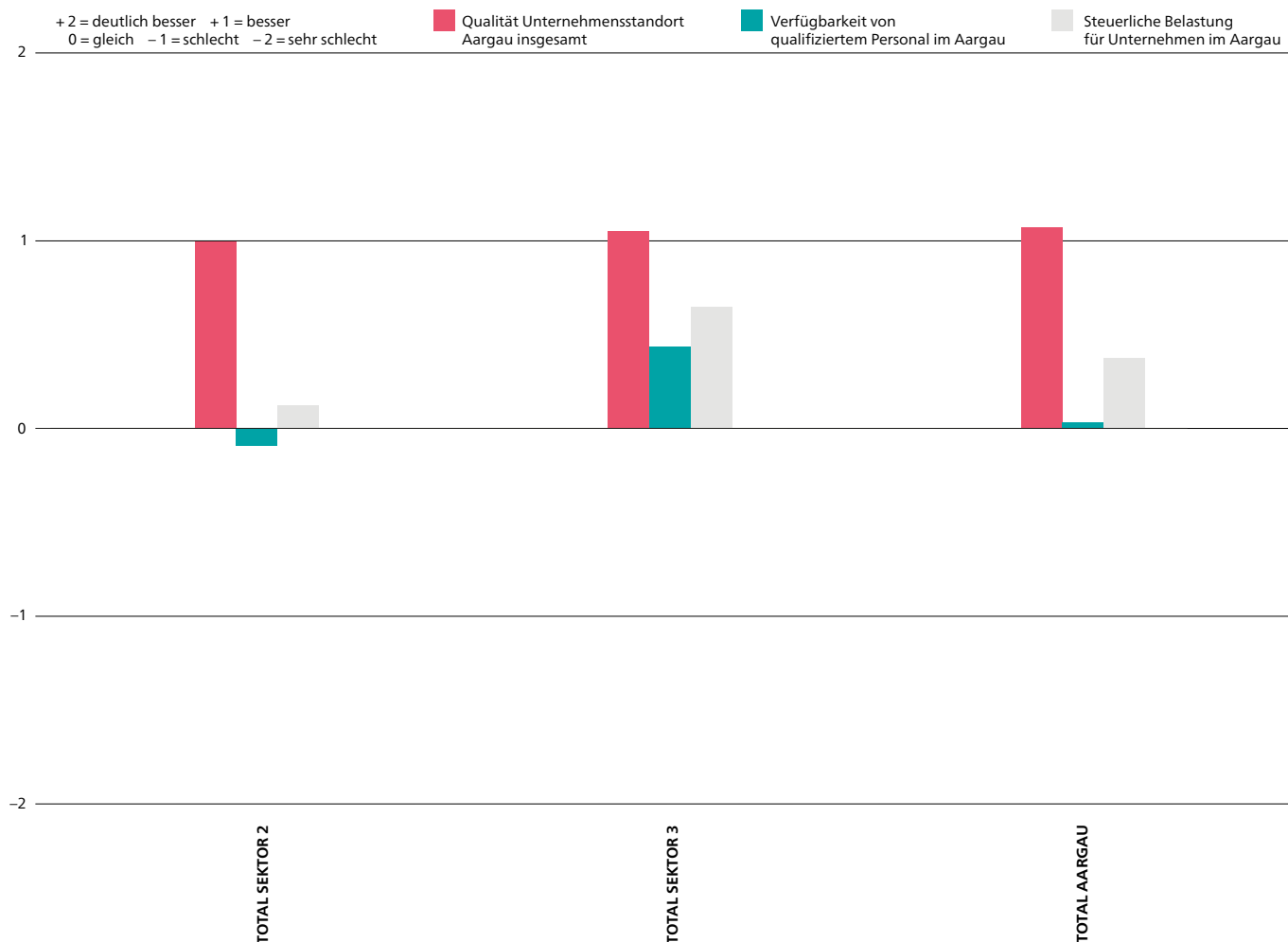
Die Umfrageteilnehmer zeigen sich insgesamt zufrieden mit dem Unternehmensstandort

Gemäss den Rückmeldungen der diesjährigen Wirtschaftsumfrage wird der Kanton Aargau als Unternehmensstandort nach wie vor geschätzt, im Vergleich zum Vorjahr fallen die Einschätzungen jedoch leicht weniger positiv aus. Mit zwölf Prozent ist der Anteil der Teilnehmer, welcher den Standort Aargau als «sehr gut» beurteilt, im Vergleich zum Vorjahr um zwei Prozentpunkte zurückgegangen. Während gut drei Viertel den Unternehmensstandort aktuell als «gut» (+7%) einstufen, liegt der Anteil an Unternehmen, welche den Kanton Aargau mit «befriedigend» beurteilen, bei elf Prozent (-5%). Analog zum Vorjahr bewertet lediglich eine kleine Minderheit von einem Prozent die Standortqualität aktuell als «schlecht».

Die höchste Zufriedenheit wird von der Branche Finanz- und Versicherungsdienstleistungen angegeben, gefolgt von Verkehr und Lagerei, welche den Standort Kanton Aargau in der Umfrage vom Vorjahr am besten beurteilt hatten.

Abb. 15
Qualität des Unternehmensstandorts Aargau 2022

Quelle: AIHK



Überdurchschnittlich positive Rückmeldungen kamen auch aus den Branchen Chemie, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie dem Grosshandel. Insgesamt bewertet der Dienstleistungssektor den Unternehmensstandort minimal besser als der Industriesektor, die durchschnittliche Beurteilung liegt in beiden Sektoren bei «gut». Differenziert nach Bezirk fällt die Rückmeldung zur Beurteilung der Standortqualität grundsätzlich auch positiv aus, am zufriedensten sind Unternehmen in den Bezirken Bremgarten, Baden und Zofingen. In den Bezirken Laufenburg, Kulm und Zurzach wird der Unternehmensstandort im Schnitt am tiefsten bewertet. Gleichwohl liegt auch dort die Bewertung nach wie vor zwischen «befriedigend» und «gut».

Im Standortqualitätsranking 2022 der Credit Suisse wurde der Kanton Aargau von Nidwalden und Schwyz überholt, fällt damit auf Platz sieben zurück und liegt aktuell direkt vor dem Kanton Luzern. Im kantonalen Vergleich schneidet der Aargau primär bei der Erreichbarkeit der Beschäftigten überdurchschnittlich gut ab und auch die Komponenten Steuerbelastung natürlicher Personen, Erreichbarkeit der Bevölkerung und Erreichbarkeit von Flughäfen werden als attraktiver als im Schweizer Mittel bewertet. Negativ ins Gewicht fällt nur die geringe Verfügbarkeit von Hochqualifizierten, während die steuerliche Attraktivität für juristische Personen und die Verfügbarkeit von Fachkräften als durchschnittlich eingestuft werden.

Qualifiziertes Personal als wichtiger Standortfaktor

Gemäss Rückmeldungen fällt die Zufriedenheit mit dem Arbeitskräfteangebot durchmischtes aus

Die Verantwortlichen der Unternehmen, welche an der diesjährigen Wirtschaftsumfrage teilgenommen haben, erachten die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal insgesamt als «befriedigend». Davon zeugen ihre Antworten zur Bewertung der Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften im Kanton Aargau. Das Fazit fällt allerdings durchmischtes aus: Während nur knapp zwei Prozent diesen Standortqualitätsfaktor als «sehr gut» beurteilen, was zwei Prozentpunkte weniger als noch im Vorjahr sind, wählten 20 Prozent der Teilnehmer das Prädikat «gut», was einem Minus von 22 Prozentpunkten entspricht. Mit knapp 50 Prozent beurteilt fast die Hälfte der Rückmeldungen die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal noch als «befriedigend». Rund 25 Prozent kamen zum Schluss, dass der Standort einen Mangel an qualifizierten Fachkräften aufweist und beurteilten diesen Faktor mit «schlecht», die übrigen vier Prozent bewerten die aktuelle Situation sogar mit «sehr schlecht». Damit hat sich die Zufriedenheit in dieser Hinsicht im Vergleich zu den Resultaten aus dem Vorjahr doch markant verschlechtert, was auf eine akute Verknappung des Arbeitskräfteangebots hindeutet.

Am besten beurteilen die Branchen Detailhandel, Elektroindustrie und Herstellung von sonstigen Waren die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt, während vor allem die Branchen Energieversorgung, Baugewerbe sowie Gesundheits- und Sozialwesen im Kanton Mühe bei der Suche nach qualifiziertem Personal bekunden. Insgesamt beurteilt der dritte Sektor die Personalverfügbarkeit im Durchschnitt mit einer Bewertung zwischen «befriedigend» und «gut» aktuell als deutlich besser als der zweite Sektor mit dem Prädikat «befriedigend».

Steuerwettbewerb wird aufgrund der OECD-Mindeststeuer wohl an Relevanz verlieren

Mit der geplanten Einführung des Mindeststeuersatzes von 15 Prozent für Grosskonzerne drängen andere Standortqualitäten in den Vordergrund

Die Steuerbelastung gilt bei der Standortwahl von Unternehmen, neben zentralen Standortfaktoren wie der Erreichbarkeit oder der Verfügbarkeit nach qualifizierten Fachkräften, nach wie vor als wichtiges Kriterium. Aktuell liegt der Aargau im kantonalen Vergleich der Steuerbelastung von juristischen Personen wie schon in den Jahren 2020 und 2021 auf dem 19. Rang. Die im Mai 2022 angenommene Steuergesetzrevision im Kanton Aargau wird erst im Jahr 2024 vollständig wirksam. Im Rahmen der kantonalen Ausgestaltung der neuen STAF-Steuerinstrumente hat der Kanton Aargau im Jahr 2020 bereits die maximal zulässigen Abzüge implementiert, inklusive der Entlastung bei der Besteuerung von Gewinnen aus Patenten (Patentbox) von 90 Prozent und zusätzlichen Abzügen für Aufwendungen in Forschung und Entwicklung (F&E) von 50 Prozent.

Die an der diesjährigen AIHK Wirtschaftsumfrage teilnehmenden Unternehmen beurteilen die steuerliche Situation wie folgt: Rund ein Prozent beurteilt die Situation hinsichtlich der Steuerbelastung analog zum Vorjahr als «sehr gut» und knapp 30 Prozent als «gut». Mit fast 60 Prozent beurteilt der Grossteil der Unternehmen diesen Standortfaktor als immerhin noch «befriedigend». Mit acht Prozent bewertet ein etwas tieferer Anteil als noch im Jahr 2022 die Steuerbelastung im Kanton Aargau als «schlecht» und nur rund ein Prozent der Befragten empfinden die steuerliche Situation gar als «sehr schlecht». Allgemein zeigen sich teilnehmende Firmen aus dem zweiten Sektor kritischer als diejenigen aus dem Dienstleistungssektor.

Durch den Beschluss der OECD und der G20-Staaten über die Mindestbesteuerung sollen Unternehmen mit einem Umsatz von über 750 Millionen Euro mindestens 15 Prozent Steuern zahlen, und dies schon ab dem 1. Januar 2024. Für alle anderen Unternehmen, namentlich für KMU, ändert sich nichts. Zwar ist diese Mindeststeuer nicht verpflichtend, doch 140 Staaten, darunter die Schweiz, haben sich zu dieser Steuerpolitik bekannt. Verzichtet ein Staat jedoch auf die Erhebung des Mindeststeuersatzes, können andere Staaten die Differenz auf 15 Prozent einfordern. Das Volk wird voraussichtlich im Juni 2023 über die notwendige Verfassungsänderung abstimmen. Mit einer Implementierung der OECD-Mindeststeuer wird der Kanton Aargau – wie auch die ganze Schweiz – mit anderen Standortqualitäten punkten müssen, um die aktuelle Dichte an Grosskonzernen zu halten.

Methodik

Insgesamt haben 461 der 1319 befragten Unternehmen an der diesjährigen Wirtschaftsumfrage teilgenommen, was einer Rücklaufquote von knapp 35 Prozent entspricht. Damit sind rund 46 045 Vollzeitstellen oder gut 17 Prozent aller Vollzeitstellen im Kanton Aargau (gemäss Statistik der Unternehmensstruktur 2020) repräsentiert.

Für die Auswertung wurden die Antworten nach Anzahl Mitarbeitende gewichtet. Dies hat zur Folge, dass die Einschätzungen von grösseren Firmen mehr Gewicht haben. Dies entspricht der Situation im Nationalrat, in dem Kantone mit grosser stimmberechtigter Bevölkerung mehr Sitze einnehmen als kleine Kantone und dadurch bei Abstimmungen mehr Gewicht haben. Die Unterschiede in der Beurteilung lassen sich am Beispiel der Frage «Allgemeine Entwicklung des Geschäftsjahres» illustrieren: Ohne Gewichtung liegen die Erwartungen der Unternehmen für das Geschäftsjahr 2023 tiefer. Gewichtet man die Antworten mit der Anzahl Mitarbeitende, so zeigt sich eine bessere Beurteilung. Dies deutet darauf hin, dass grössere Firmen das Geschäftsjahr eher positiv beurteilen.

Abb. 17
Überblick teilnehmende Firmen 2023
 In Vollzeitstellen

Quelle: AIHK, BFS, Fahrländer Partner

	Anzahl Vollzeitstellen	Anzahl Firmen
Verarbeitendes Gewerbe, Herstellung von Waren	16 623	153
– davon MEM	9 278	85
– davon Pharma und Chemie	2 033	11
Handel (Gross- und Detailhandel, inkl. Fahrzeuge)	10 725	48
Baugewerbe	2 649	32
Finanzsektor	1 429	14
Information und Kommunikation	1 601	31
übrige Dienstleistungen	1 166	86
Gesundheits- und Sozialwesen	871	13
andere (inkl. Teilnehmende ohne Branchenzuordnung)	10 981	84
TOTAL UMFRAGE	46 045	461
Total Vollzeitstellen Kanton AG STATENT 2020 (alle Branchen)	266 282	
Prozentanteil Umfrage an Total	17,3%	

Impressum

Herausgeber

Aargauische Industrie- und Handelskammer AIHK
Entfelderstrasse 11
CH-5001 Aarau

Umfrage

Dominik Matter
Fahrländer Partner Raumentwicklung
CH-8003 Zürich

Konzept/Gestaltung

Basel West Unternehmenskommunikation AG
CH-5000 Aarau

Titelbild

Andreas Güntensperger
CH-5400 Baden

www.aihk.ch

